

Wrobel, Ralph

**Working Paper**

## Der deutsche Arbeitsmarkt zwischen Fachkräftemangel und Immigration: Ordnungspolitische Perspektiven in der Flüchtlingskrise

Ordnungspolitische Diskurse, No. 2016-01

**Provided in Cooperation with:**  
Ordnungspolitisches Portal (OPO)

*Suggested Citation:* Wrobel, Ralph (2016) : Der deutsche Arbeitsmarkt zwischen Fachkräftemangel und Immigration: Ordnungspolitische Perspektiven in der Flüchtlingskrise, Ordnungspolitische Diskurse, No. 2016-01, Ordnungspolitisches Portal (OPO), s.l.

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/126203>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

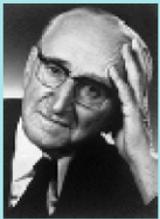
*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



# Ordnungspolitische Diskurse

## Discourses in Social Market Economy



**Ralph Wrobel**

**Der deutsche Arbeitsmarkt  
zwischen Fachkräftemangel  
und Immigration:  
Ordnungspolitische Perspektiven in  
der Flüchtlingskrise**

**Diskurs 2016 – 1**

# **Der deutsche Arbeitsmarkt zwischen Fachkräftemangel und Immigration: Ordnungspolitische Perspektiven in der Flüchtlingskrise**

**Ralph Wrobel**

## **Zusammenfassung**

In Deutschland wird zunehmend die demografische Lücke und der daraus resultierende Fachkräftemangel diskutiert. Außerdem ist das Land in den letzten Jahren immer mehr zu einem Einwanderungsland geworden. Insbesondere seit 2010 hat die Zuwanderung aus der EU und seit 2014 aus anderen Ländern enorm zugenommen. Im Jahre 2015 eskalierte die Zuwanderung im Rahmen der „Flüchtlingskrise“. Es ist daher die zentrale Fragestellung dieser Arbeit, ob die Zuwanderung des Jahres 2015 für Deutschland mehr Chancen als Risiken enthält und insbesondere bei der Bewältigung der demografischen und arbeitsmarktpolitischen Probleme helfen kann. Dabei kann zunächst festgestellt werden, dass die Zuwanderer durchgehend jung und zum großen Teil gebildet sind. Ihre Integration stellt Deutschland aber kurzfristig vor enorme Herausforderungen. Durch den Multiplikatoreffekt der Zuwanderung wird die demografische Lücke jedoch ebenso wenig geschlossen wie der Fachkräftemangel dadurch beseitigt werden kann. Dafür sind andere Maßnahmen, v.a. in der Familienpolitik, notwendig. Die positiven Effekte der Zuwanderung sind daher eher langfristiger Natur. Wie durch die derzeitige Massenzuwanderung deutlich wird, versuchen immer mehr Menschen auf dem Weg als Asylbewerber in die „Festung Europa“, insbesondere auch nach Deutschland zu gelangen. Die Zuwanderungspolitik in Deutschland muss daher zukünftig aktiv gestaltet werden, statt nur auf aktuelle Herausforderungen zu reagieren. Der Autor schlägt daher ein kombiniertes angebots- und nachfrageorientiertes Punktesystem im Rahmen eines Zuwanderungsgesetzes ohne Quotenregelung vor, denn aus ordnungspolitischer Sicht müssen die Regeln der Zuwanderung ex ante bekannt und transparent für jedermann sein. Dann könnte auch Deutschland mehr von der Zuwanderung profitieren.

## **Keywords**

Demografische Lücke, Fachkräftemangel, Migration, Flüchtlingskrise, Einwanderungsgesetz

## **Ralph Wrobel**

Westsächsische Hochschule Zwickau  
Postfach 20 10 37, 08012 Zwickau  
E-mail: [Ralph.Wrobel@fh-zwickau.de](mailto:Ralph.Wrobel@fh-zwickau.de)

# Der deutsche Arbeitsmarkt zwischen Fachkräftemangel und Immigration: Ordnungspolitische Perspektiven in der Flüchtlingskrise

Ralph Wrobel

## 1. Immigration als Thema der Ordnungspolitik

Im Jahre 2015 sind etwa 1,1 Mio. Menschen als Bürgerkriegsflüchtlinge und Asylsuchende nach Deutschland eingewandert, Das ist die höchste Zahl seit 1950.<sup>1</sup> Damit ist Deutschland endgültig zum Einwanderungsland geworden. Allerdings mangelt es immer noch an einer umfassenden Regulierung der Einwanderung durch ein transparentes, an ordnungsökonomischen Ansätzen orientiertes Einwanderungsgesetz. Die derzeitige Immigration nach Deutschland verläuft deshalb chaotisch und ungeordnet. Andererseits werden in Deutschland immer mehr Probleme der demografischen Entwicklung und des Fachkräftemangels diskutiert. Es stellt sich daher die Frage, welche Beitrag die Ordnungsökonomik zur Lösung dieser Probleme leisten kann.

In der klassischen Literatur der deutschen Ordnungsökonomik finden sich kaum Bemerkungen über die Wanderung von Arbeitskräften und Migration. So stellt Walter Eucken zwar die Bedeutung von offenen Märkten für die Wettbewerbsordnung ausführlich dar, erwähnt aber die Wanderung von Arbeitskräften mit keinem Wort.<sup>2</sup> Lediglich Walter Röpke, widmet dem Thema in seinem 1945 erschienenen Werk „Internationale Ordnung“ ein ganzes Kapitel. Darin drückt er erstmalig das Spannungsfeld zwischen Freiheit und Ordnung der internationalen Wanderungen aus ordnungsökonomischer Sicht aus. So soll grundsätzlich Freiheit der Wanderung herrschen:

*“Das wirksamste Mittel, international Unterschiede des Bevölkerungsstatus auszugleichen und damit das internationale Bevölkerungsproblem zu lösen, besteht zweifellos darin, alle Aus- und Einwanderungsschranken aufzuheben und so die völlige Freizügigkeit der Menschen über den ganzen Erdball hinzustellen.”<sup>3</sup>*

---

<sup>1</sup> Vgl. BMI (2016)

<sup>2</sup> Vgl. Eucken (1950), S. 264 – 270.

<sup>3</sup> Röpke (1945), S. 153.

Dabei bezieht sich Röpke aber auf das damals relevante Problem der Überbevölkerung und Emigration.<sup>4</sup> Die modernen Probleme der demografischen Lücke und des Fachkräftemangels, wie sie heute diskutiert werden, sind ihm noch fremd. Obwohl er aus ökonomischer Sicht eine freie Wanderung von Arbeitskräften bevorzugt, sieht er jedoch auch berechnete Schranken:

*„... jedes Land wird das Recht haben müssen, seine geistige und politische Tradition vor einem Zustrom von Einwanderern zu schützen, die sie durch Assimilationsunfähigkeit oder schon durch ihre bloße Masse in Frage stellen könnten.“<sup>5</sup>*

Wie Röpke in einer späteren Ausgabe seines Werkes weiter schreibt, besteht im Falle von Massenmigration nicht nur das Recht, sondern sogar die Verpflichtung eines jeden Staates diese Zuwanderung in qualitativer Hinsicht zu kontrollieren, um das geistige Erbe, die politischen Traditionen, den ethischen und sprachlichen Charakter sowie die soziale Struktur zu schützen.<sup>6</sup> Im Gegensatz zum internationalen Handel, der grundsätzlich immer und in jedem Maße wünschenswert ist, ist die Wanderung von Menschen daher anders zu beurteilen. Sie steht offensichtlich in einem Konflikt zwischen ökonomischer Effizienz des internationalen Ausgleichs von Arbeitskräften einerseits und dem Problem einer kulturellen und sozialen Integration von Zuwanderern.

Betrachtet man die praktische Ordnungspolitik in der frühen Bundesrepublik, fällt ebenso auf, dass sich trotz der jahrhundertealten Aktualität des Themas Migration niemand intensiv mit der Thematik beschäftigt hat. Das mag an der Zeit und ihren besonderen Umständen gelegen haben. Erst die Jahre 1945/46 brachten erste große Wanderungsströme aus dem Osten nach Westdeutschland, denn durch die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches kam es zu einer Bevölkerungsverschiebung von mehreren Millionen Menschen.<sup>7</sup> Dies war aber eine erzwungene Wanderung. Dann, nach dem Wiederaufbau, in der Zeit des Wirtschaftswunders wurden nicht nur Zuwanderer aus der DDR in der Bundesrepublik willkommen geheißen, sondern seit 1955 auch sog. „Gastarbeiter“ aktiv angeworben. Doch auch für Ludwig Erhard stellte die Anwerbung derselben nur eine kurzfristige Maßnahme dar, um durch die Anwerbung billiger Arbeitskräfte das Lohnniveau nied-

---

<sup>4</sup> Vgl. Straubhaar (2005), S. 280.

<sup>5</sup> Röpke (1945), S. 155.

<sup>6</sup> Vgl. Röpke (1959), S. 147 – 148.

<sup>7</sup> Vgl. BMI (2014), S. 12.

rig zu halten. Der Zweck war also nicht die Organisation einer nachhaltigen Zuwanderung, sondern eine temporäre Überbrückung konjunktureller und demografischer Engpässe. Die Angeworbenen sollten zudem v.a. weniger attraktive und schlechter bezahlte Tätigkeiten übernehmen.<sup>8</sup> Deutschland wurde explizit nicht als Einwanderungsland gesehen.

Wie wir heute wissen, ist internationale Wanderung von Arbeitskräften grundsätzlich wirtschaftlich effizient, da sie zu einer international optimalen Allokation des Produktionsfaktors Arbeitskraft führt.<sup>9</sup> Gerade die Migration von qualifizierten Arbeitskräften stellt dabei einen Gradmesser für die Attraktivität von gesellschaftlichen Systemen dar.<sup>10</sup> Für Deutschland könnte Immigration von Qualifizierten im Zeitalter des demografischen Wandels und eines immer häufiger angesprochenen Fachkräftemangels sogar enorme Vorteile bedeuten. Wie Straubhaar (2002, S. 111) deutlich macht, ist eine nationale Isolierung von Arbeitsmärkten im Zeitalter der Globalisierung ohnehin nur noch ein „Anachronismus“.

Dennoch kann eine massenhafte internationale Wanderung von Menschen nicht das Ziel der Wirtschaftspolitik sein, denn Wanderung führt parallel auch zu Kosten, nicht nur für die Wandernden selber, sondern auch für die Menschen abgebenden sowie die aufnehmenden Gesellschaften. Es ist deshalb Ziel dieser Arbeit zu untersuchen, inwieweit die derzeitige Immigration nach Deutschland überhaupt einen positiven Effekt in Bezug auf Probleme wie die demografische Entwicklung und den Fachkräftemangel hat, oder ob sie eher eine Belastung für die Gesellschaft darstellt. Dafür werden nach einer kurzen Analyse der deutschen Arbeitsmarktes die Chancen und Risiken der derzeitigen Wanderungsströme untersucht. Abschließend wird versucht, auf Basis ordnungsökonomischer Überlegungen einen Rahmen für die Zuwanderung nach Deutschland zu entwickeln, der zukünftig eine möglichst freie aber regelgebundene Wanderung ermöglicht.

## **2. Fachkräftemangel und demografische Lücke – der deutsche Arbeitsmarkt**

Allgemein lässt sich ein Fachkräftemangel als ein Aufeinandertreffen einer hohen Stellenvakanz mit gleichzeitig niedriger Arbeitslosenquote definieren.<sup>11</sup> (Vgl. Abb. 1)

---

<sup>8</sup> Vgl. Teymouri (2012), S. 110 – 111.

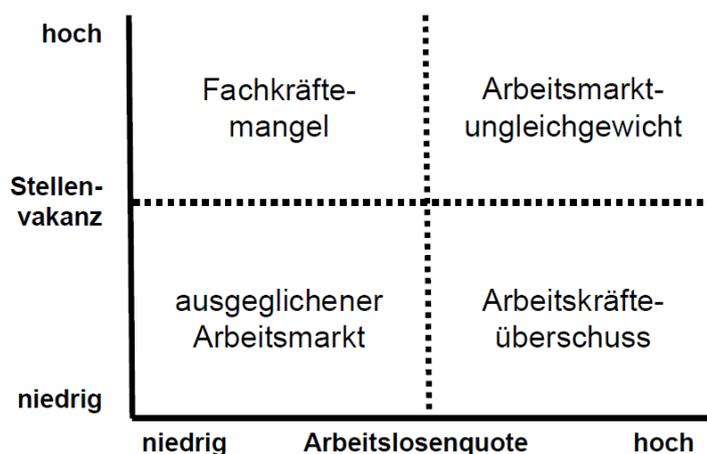
<sup>9</sup> Vgl. Straubhaar (2005), S. 283.

<sup>10</sup> Vgl. dazu z.B. die grundlegende Arbeit von Hirschman (1974).

<sup>11</sup> Vgl. Constant / Tien (2011), S. 11.

Zwar liegt in Deutschland derzeit die Arbeitslosenquote auf einem historischen Tiefstand, von Vollbeschäftigung ist das Land jedoch noch immer weit entfernt. Der Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit (BA-X) – ein Indikator für die Nachfrage nach Arbeitskräften in Deutschland – ist im Oktober 2015 auf 202 Punkte gestiegen. Die Nachfrage nach Arbeitskräften hat damit im Vorjahresvergleich um 27 Punkte zugelegt. Die BAA begründet das mit einer positiven Grundtendenz der Konjunktur und einer damit verbundenen Suche von Unternehmen nach neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ebenso würden die verbesserten Beschäftigungschancen zu einem häufigeren Arbeitsplatzwechsel der Beschäftigten und einer höheren Vakanz bei der Stellenbesetzung führen.<sup>12</sup>

**Abb. 1: Definition von Fachkräftemangel**



Quelle: Constant / Tien (2011), S. 12.

Ein flächendeckender Fachkräftemangel ist somit derzeit in Deutschland nicht zu beobachten. Anzeichen für einen grundlegenden Fachkräftemangel wäre ein sichtbarer Reallohnanstieg. Die allgemeine Lohnentwicklung ist aber in den letzten Jahren in Deutschland weit hinter der in den meisten anderen EU-Ländern zurückgeblieben. Auch der relativ hohe Anteil zeitlich befristeter Arbeitsverhältnisse junger Arbeitnehmer zeigt, dass die Konkurrenz um den qualifizierten Nachwuchs in den letzten Jahren nicht sehr intensiv war.<sup>13</sup> Im Jahre 2014 konnte ein Reallohnanstieg zwar beobachtet werden, auffällige Lohn- oder Gehaltssprünge in einzelnen Branchen, die auf

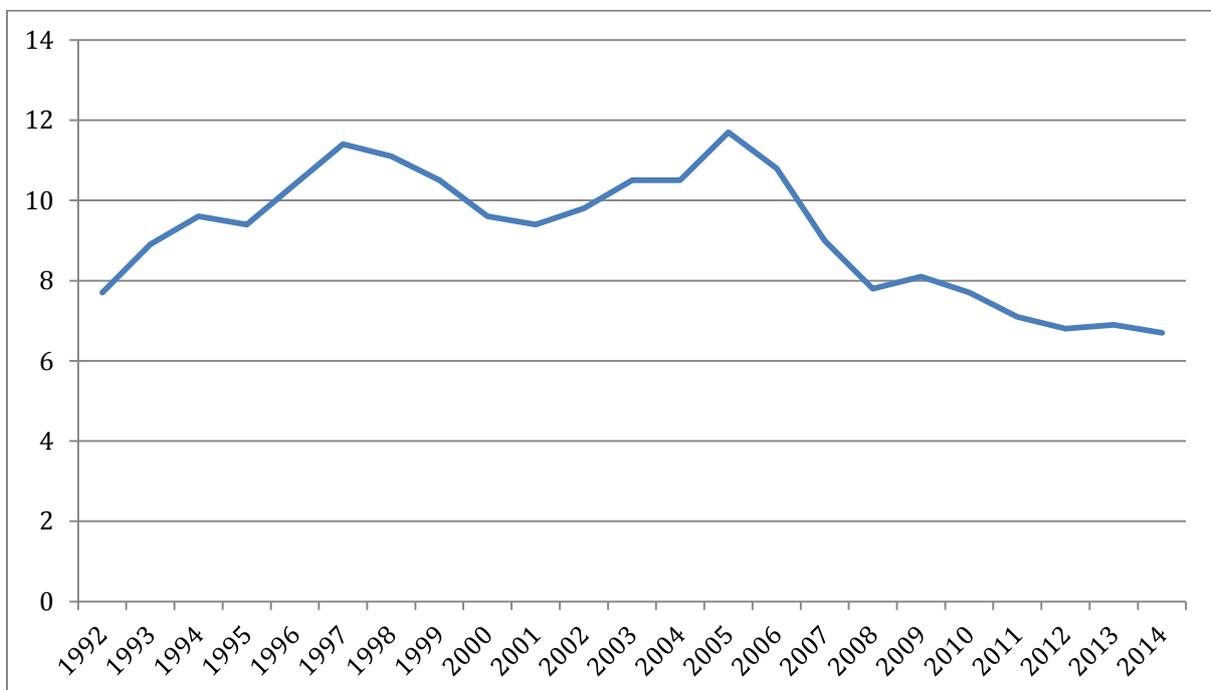
<sup>12</sup> Vgl. BAA (2015).

<sup>13</sup> Vgl. Bosch et al. (2011), S. 584.

einen Fachkräftemangel hinweisen würden, konnten dabei aber nicht beobachtet werden.<sup>14</sup>

Der deutsche Arbeitsmarkt befindet sich hingegen in einer besonders robusten Verfassung. Wie Abb. 2 zeigt, ist die Arbeitslosenquote in Deutschland seit 2005 von 11,7% auf 6,7% im Jahr 2014 zurückgegangen und hat damit den niedrigsten Stand seit Jahrzehnten erreicht. Da sich Deutschland seit einiger Zeit in einer Phase guter konjunktureller Entwicklung befindet, ist es zudem normal, dass das Verhältnis von Vakanzen zu Arbeitssuchenden deutlich ansteigt. Die Ursachen für die in den letzten Jahren vermehrt auftretenden Spannungen im deutschen Arbeitsmarkt sind daher konjunktureller und struktureller Natur, als auf den demografischen Wandel zurückzuführen. Das Arbeitsangebot sinkt noch nicht in Deutschland, ganz im Gegenteil, aufgrund steigender Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren sowie zunehmender Immigration ist es sogar auf einen historischen Höchststand gestiegen.<sup>15</sup> Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg so zwischen 1999 und 2014 von 27.418.361 auf 30.174.505, also um fast 3 Mio. Beschäftigte an. (Vgl. Abb. 3)

**Abb. 2: Arbeitslosenquote in Deutschland in %**

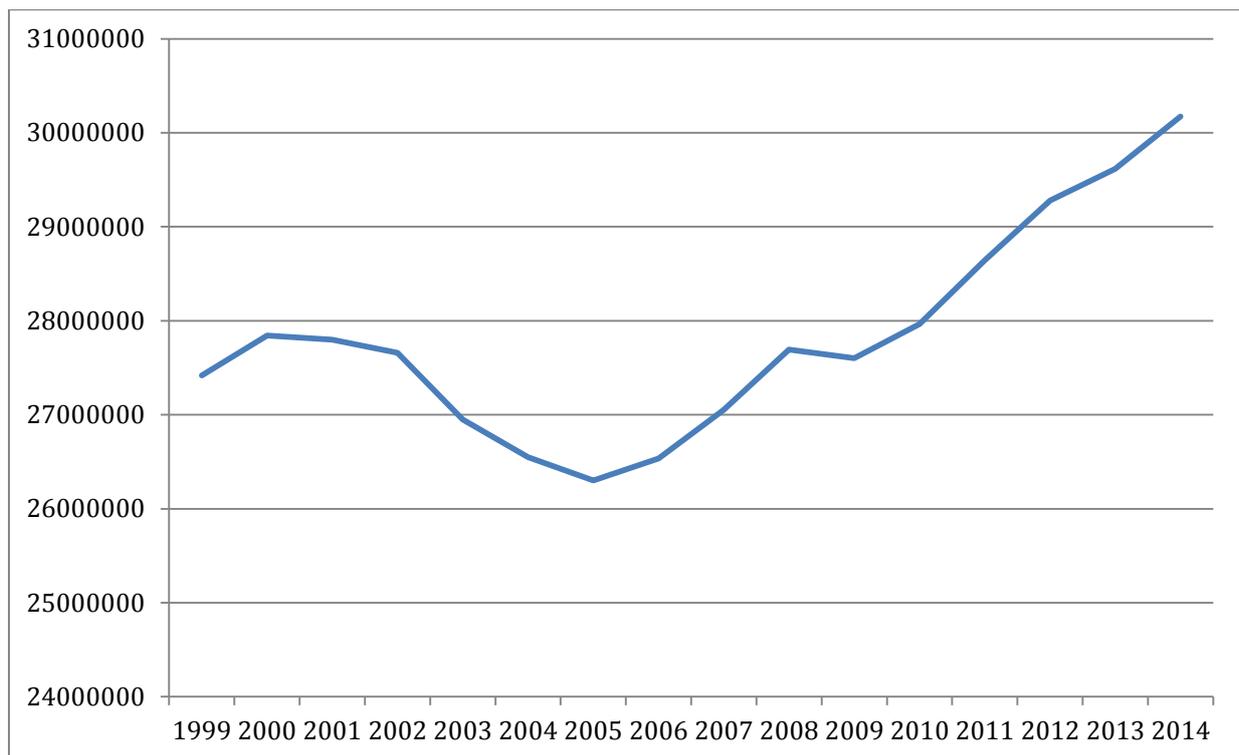


Quelle: Destatis (online: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/LangeReihen/Arbeitsmarkt/lrab001.html>, Zugriff am 13.11.2015)

<sup>14</sup> Vgl. Vollmer (2015), S. 32.

<sup>15</sup> Vgl. Brücker et al. (2013), S. 8.

**Abb. 3: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Deutschland 1999 – 2014**



Quelle: Destatis (online: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Arbeitsmarkt/Erwerbstaetigkeit/TabellenBeschaeftigungsstatistik/Insgesamt.html>, Zugriff am 13.11.2015)

Dennoch kann bei einer hohen Arbeitslosenquote gleichzeitig auch ein Fachkräftemangel bestehen. Aufgrund von Informations- und Suchkosten sowie andere Friktionen kommt es zu einem sektoralen oder regionalen „Mismatch“, einem Ungleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt.<sup>16</sup> So lassen sich Tendenzen zu einem Fachkräftemangel in Deutschland derzeit durchaus nachweisen. Engpässe gibt es allerdings erst in einigen Branchen und Regionen. Wie Demary / Seyda (2013) zeigen, kann ein Fachkräftemangel derzeit in einigen Gesundheitsberufen (z.B. Ärzte, Kranken- und Altenpfleger) aber auch in Berufen mit technischem Hintergrund (z.B. Maschinen- und Fahrzeugtechnik) ausgemacht werden. Auch in verschiedenen Regionen Ostdeutschlands besteht aufgrund der Abwanderung junger Fachkräfte zunehmend ein Mangel. In anderen Bereichen, z.B. dem der Sozial- und Geisteswissenschaftler, besteht hingegen sogar ein Fachkräfteüberschuss.<sup>17</sup> Eine hohe Anzahl offener Stellen muss jedoch nicht gleich einen Fachkräftemangel widerspiegeln, sondern kann durchaus auch ein Indikator schlechter Arbeitsbedingungen oder unzureichender Lohnangebote sein.<sup>18</sup>

<sup>16</sup> Vgl. Bosch et al. (2011), S. 587.

<sup>17</sup> Vgl. Vollmer (2015), S. 20.

<sup>18</sup> Vgl. Bosch et al. (2011), S. 584.

Dies kann jedoch nicht als Entwarnung interpretiert werden. So ist zwischen kurzfristigen Problemen bei der Besetzung offener Stellen und den langfristigen Phänomenen des demografischen Wandels zu unterscheiden. Wie die Statistiken deutlich machen, ist Deutschland seit Jahren durch eine zunehmende demografische Lücke gekennzeichnet. Während im Jahr 1964 auf dem Höhepunkt des Babybooms der Nachkriegsjahre noch 1.357.304 Kinder in Deutschland geboren wurden, ist die Zahl im Jahre 2013 auf 682.069 gesunken. Seit 1972 hat es auf dem Territorium des wiedervereinigten Deutschlands zudem in jedem Jahr mehr Sterbefälle als Geburten gegeben. Diese Entwicklung schlägt sich auch bereits auf den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt durch. Da die geburtenstarken Jahrgänge der 1950er und 60er Jahre in absehbarer Zeit das Rentenalter erreichen werden, stellt sich somit die Frage, wie eine Fachkräftebasis in Deutschland langfristig erhalten werden kann.<sup>19</sup> Gemäß Berechnungen des Economix-Instituts wird Deutschland unter den heutigen Bedingungen bis 2050 einen Rückgang der Erwerbspersonen um ca. 8 Mio. zu verzeichnen haben. Parallel wird die Alterung der Erwerbspersonen rasch voranschreiten. Nur bei einem stetigen Anstieg der Geburtenziffern auf 1,9 Kinder pro Frau, einer kontinuierlichen Zuwanderung von etwa 200.000 Personen pro Jahr sowie einem weiteren Anstieg der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren ließe sich diese Tendenz deutlich verringern.<sup>20</sup>

In einem Bericht aus dem Jahre 2013 zeigt die OECD z.B. auf, dass in Deutschland in den nächsten beiden Dekaden in den von KMU geprägten Gesundheits- und Handwerkssektoren Fachkräfte fehlen werden. Auch die Bundesagentur für Arbeit geht davon aus, dass bis 2025 ein Fachkräftebedarf in Höhe von 5,4 Mio. Menschen in Deutschland entstehen wird, von denen 800.000 aus dem Ausland gewonnen werden sollten.<sup>21</sup> Aufgrund unterschiedlicher demografischer Entwicklungen in einzelnen Regionen Deutschlands wird der zu befürchtende Fachkräftemangel auch regional sehr unterschiedlich ausfallen. So sind Trennlinien zwischen West- und Ostdeutschland, städtischen Zentren und ländlichen Regionen sowie zwischen Bayern und Baden-Württemberg sowie den restlichen westdeutschen Flächenstaaten erkennbar.<sup>22</sup> Ein Fachkräftemangel – so wie er derzeit bereits in einigen Regionen und

---

<sup>19</sup> Vgl. Vollmer (2015), S. 16.

<sup>20</sup> Vgl. Vogler-Ludwig et al. (2015), S. 19.

<sup>21</sup> Vgl. OECD (2013), S. 42 – 47.

<sup>22</sup> Vgl. Vogler-Ludwig et al. (2015), S. 20.

Branchen wahrgenommen wird – kann in Deutschland damit mittelfristig auch in anderen Bereichen erwartet werden.

Hierbei stellt sich natürlich die Frage, ob ein Rückgang der Wohn- und Arbeitsbevölkerung in Deutschland überhaupt ein Problem darstellt. Würden die Pro-Kopf-Einkommen weiter steigen, könnte die gesamte Problematik vernachlässigt werden. Es besteht jedoch die Gefahr einer Negativspirale. Diese könnte durch den Restrukturierungsbedarf der Wirtschaft und eine Verlagerung von Produktionsstätten ins Ausland ausgelöst werden, was wiederum eine Abwanderung leistungsfähiger Arbeitskräfte ins Ausland zu Folge hätte. Spätestens dann käme auch das deutsche Sozialversicherungssystem ins Wanken. Das alles könnte einen schwierigen und konfliktreichen Anpassungsprozess mit sich bringen. Wie das Beispiel Japan zeigt, lassen sich dann auch Innovationsvorsprünge nicht unbedingt halten.<sup>23</sup> Letztendlich ist eine solche Negativspirale natürlich nicht sicher, ebenso wie die langfristigen Auswirkungen des demografischen Wandels sich kaum seriös voraussagen lassen. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung in Deutschland sind wirtschaftspolitische Maßnahmen jedoch in jedem Fall zu diskutieren, um einem zukünftigen Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Dabei ist insbesondere der Zuwanderung große Aufmerksamkeit zu widmen.

### **3. Immigration**

#### **3.1 Immigration nach Deutschland**

Neben 9,5 Mio. Vertriebenen und 3,5 Mio. Spätaussiedlern nahm die Bundesrepublik Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten auch mehrere Millionen Ausländer auf. Dazu gehören v.a. die „Gastarbeiter“ und ihre Familien. Dem ersten Anwerbeabkommen mit Italien im Jahre 1955 folgten bis 1968 Abkommen mit fünf weiteren Ländern Südeuropas sowie der Türkei und Marokko. Diese Zuwanderungswelle endete mit dem Anwerbestopp im Jahre 1973. Ab Ende der 1980er Jahre nahm dann der Zuzug von Asylsuchenden an Bedeutung zu.<sup>24</sup> Im Jahre 2014 lebten gemäß Ausländerzentralregister (AZR) etwa 7,6 Millionen Ausländer in Deutschland. Ihr Anteil betrug damit etwas weniger als 10% der Gesamtbevölkerung.<sup>25</sup> Deutschland ist damit

---

<sup>23</sup> Vgl. ebd., S. 161.

<sup>24</sup> Vgl. BMI (2014), S. 13 - 14. Zu den Anwerbeverträgen sowie dem Anwerbestopp 1973 vgl. auch Hinte (2012), S. 3 – 4.

<sup>25</sup> Vgl. BMI (2014), S. 29.

faktisch seit 1945 ein Einwanderungsland. Zumindest in den letzten Jahren stellt sich Deutschland auch als typisches Einwanderungsland für Arbeitsmigranten dar. Die Wirtschaftskrise in den südlichen EU-Ländern, die Öffnung der Arbeitsmärkte für Zuwanderer aus den neuen EU-Mitgliedstaaten im Osten Europas wie auch die besonders günstige Beschäftigungsentwicklung im Land haben sowohl die Push als auch die Pull Kräfte auf die Migrationsströme verstärkt, was zu einer erneuten Einwanderungswelle geführt hat. Im Jahre 2011 wurde zudem die vollständige Arbeitnehmerfreizügigkeit für Osteuropäer aus der EU eingeführt, für Bulgaren und Rumänen kam sie 2014.<sup>26</sup> Alleine zwischen 2010 und 2013 sind per Saldo 1,2 Millionen zusätzliche Menschen eingewandert, von denen ca. eine Million im Alter von 18 bis 65 waren. Etwa 700.000 von ihnen standen dem Arbeitsmarkt auch tatsächlich zur Verfügung.<sup>27</sup> Die meisten Personen mit Migrationshintergrund stammten 2012 aus der Türkei (18,3%), Polen (9,4%) sowie der Russischen Föderation (7,4%), gefolgt von anderen Ländern aus Süd- und Osteuropa.<sup>28</sup>

Neben der Zuwanderung aus anderen EU-Staaten innerhalb des Binnenmarktes gewinnt dabei die Zuwanderung aus den sog. Drittstaaten immer mehr an Bedeutung, insbesondere auch deshalb, weil sie durch Anpassung rechtlicher Rahmenbedingungen gesteuert werden könnte.<sup>29</sup> Derzeit scheint die Zuwanderung nach Deutschland in Form von Flüchtlingsströmen aus Syrien, Afghanistan, Afrika und den Westbalkanstaaten zu eskalieren. Diese Zuwanderungswelle kann auf wirtschaftliche Gründe, wie unterschiedliche Pro-Kopf-Einkommen, aber v.a. auch auf politische Einflüsse, wie den Bürgerkrieg in Syrien, mangelnde Rechtssicherheit und Stabilität, unzureichenden Minderheitenschutz oder fehlende Freiheitsrechte in vielen Staaten der Welt zurückgeführt werden.

---

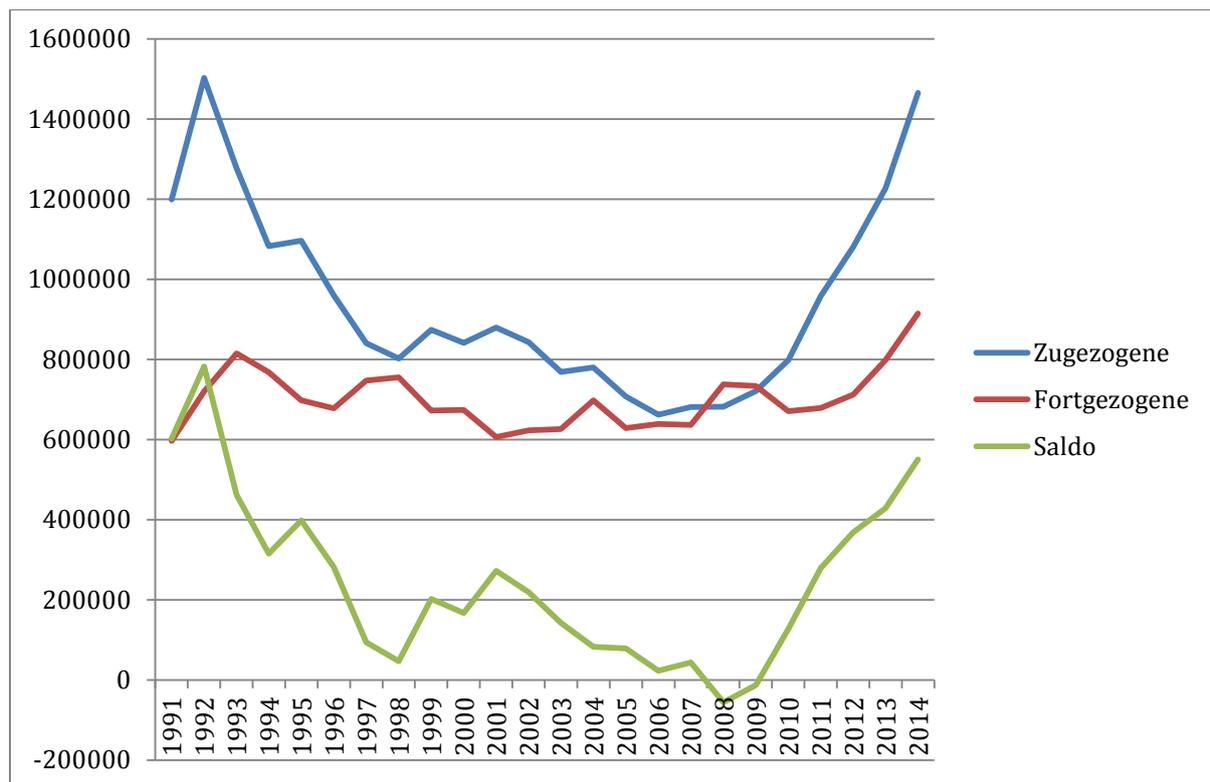
<sup>26</sup> Vgl. Brenke / Neubecker (2013), S. 6 – 11.

<sup>27</sup> Vgl. Vollmer (2015), S. 18.

<sup>28</sup> Vgl. Gathmann et al. (2014), S. 166.

<sup>29</sup> Vgl. Vollmer (2015), S. 5.

**Abb. 4: Zu- und Abwanderung in Deutschland 1991 – 2014**



Quelle: Destatis (online: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Wanderungen/Tabellen/WanderungenAlle.html>, Zugriff: 12.11.2015.)

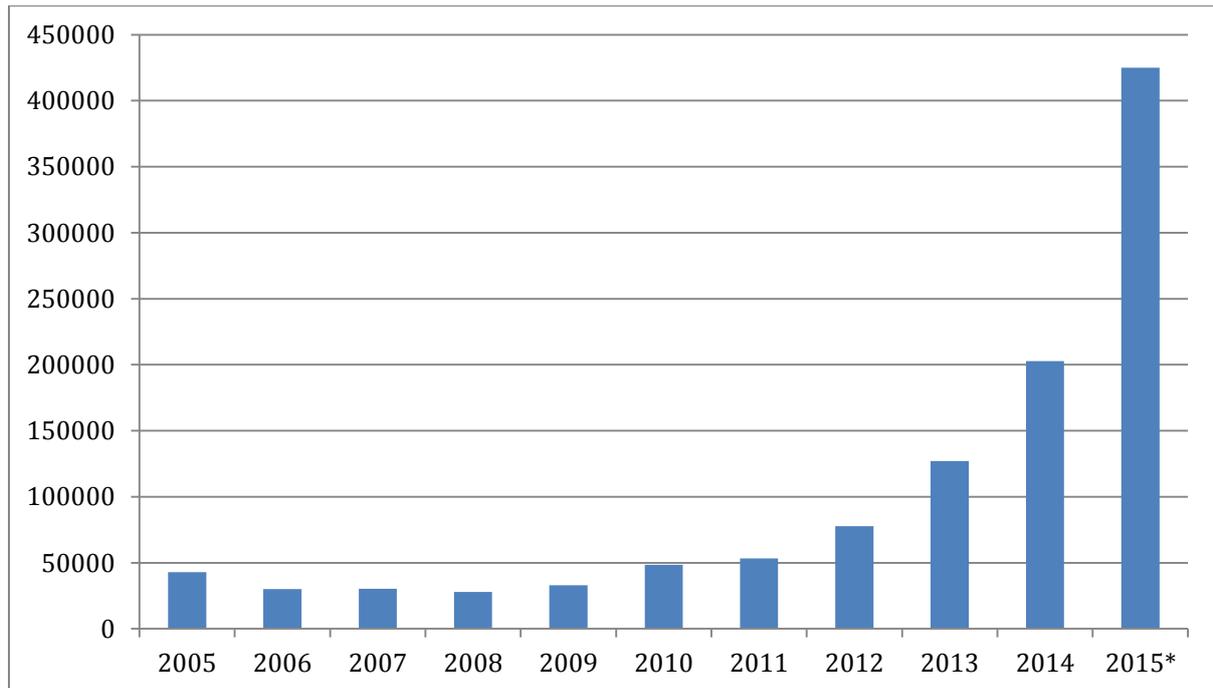
Bereits seit 2009 steigt die Anzahl der Zuwanderer nach Deutschland deutlich an (vgl. Abb. 4). Bis 2014 waren die meisten Zuwanderer aber Europäer oder sogar EU-Bürger. 2014 wanderten z.B. insgesamt 1.149.045 Personen nach Deutschland ein. Davon kamen die meisten aus Rumänien (156.440 Personen), Polen (143.760), Bulgarien (63.140), Ungarn (48.063) und Italien (43.676). Diesen Einwanderern standen gerade einmal 69.658 syrische Bürgerkriegsflüchtlinge gegenüber. Syrien nahm damit im Jahr 2014 nur den dritten Platz unter den Herkunftsländern der Zuwanderer ein.<sup>30</sup> Im Verlauf des Jahres 2015 sind – neben der EU-Binnenwanderung – ca. 1,1 Million Menschen als Asylsuchende nach Deutschland eingewandert. Bisher wurden sie jedoch nur teilweise erfasst. Ein großer Teil von ihnen konnte noch keinen Asylantrag stellen.<sup>31</sup> Das BAMF registrierte dementsprechend in diesem Jahr bis inkl. November insgesamt nur 425.035 Asylanträge (davon 392.028 Erstanträge). Im Zeitraum von Januar bis November 2015 wurden vom BAMF davon nur 240.058 Entscheidungengefällt. Dabei lag die Gesamtschutzquote – als Flüchtling (§ 3 Abs. 1 AsylG, Art. 16 a GG) für alle Herkunftsländer zwar bei 45,8 % (109.905 positive Ent-

<sup>30</sup> Vgl. BAMF (2015c), S. 73.

<sup>31</sup> Vgl. Gutschker (2015), FAZ (2015) und BMI (2016).

scheidungen), insgesamt 355.914 Verfahren waren Ende November 2015 jedoch noch anhängig.<sup>32</sup> Daher bilden die Statistiken des BAMF nur einen Teil der tatsächlichen Zuwanderung im Jahr 2015 ab. Das Bild scheint jedoch einen guten Querschnitt zu bieten:

**Abb. 5: Asylbewerberzahlen in Deutschland 2005 – 2015 – Erst- und Folgeanträge**



\*2015 bis Nov.

Quelle: BAMF (2015b) S. 3

Im Zeitraum Januar bis November 2015 kamen die meisten Asylanträge aus Syrien (132.564 Erstanträge) mit einer Steigerungsrate von 288,2 % gegenüber dem Vorjahr, sowie aus Albanien (51.945 Erstanträge) und dem Kosovo (32.997 Erstanträge), was Steigerungsraten von 644,5 % bzw. 503,9% gegenüber dem Vorjahr entspricht. Im Verlauf des Jahres kam es allerdings zu starken Verschiebungen der Herkunftsländer. So standen im November 2015 weiterhin Syrien mit über 30.000 Erstanträgen an erster Stelle der Herkunftsländer von Asylbewerbern, gefolgt von Afghanistan mit ca. 5.000 und dem Irak mit ca. 4.400 Menschen. Die Asylsuchenden aus den sog. Westbalkanländern (Albanien, Serbien, Mazedonien, Kosovo, Bosnien und Herzegowina, Montenegro) nahmen hingegen deutlich ab. Dies wird mit der geringen Anerkennungquote für Asylbewerber aus diesen Ländern (0,0 – 0,4%) zusammenhän-

<sup>32</sup> Vgl. BAMF (2015a), S. 5 – 7.

gen, welche langsam auch in die Länder hineinkommuniziert wird.<sup>33</sup> Die Struktur der Zuwanderung hat sich demnach im Jahr 2015 massiv verändert, auch wenn noch keine endgültigen Zahlen vorliegen. Wie auch immer, die derzeitige Immigration nach Deutschland kann als der beste empirische Beleg für die relative Attraktivität Deutschlands im Wettbewerb um mobile Produktionsfaktoren angesehen werden.

## **3.2 Chancen und Risiken der Zuwanderung**

### **3.2.1 Chancen: Struktur der Zuwanderung und ihre Effekte**

Grundsätzlich sind Arbeitskräftewanderungen aus ökonomischer Sicht zunächst einmal positiv zu bewerten, da sie zu einem Ausgleich des weltweiten Arbeitsangebots führen. Damit ist Migration ein Arbitragephänomen, das dazu beiträgt, Lohnunterschiede auf den Märkten auszugleichen. Immigration führt aus makroökonomischer Sicht zur Stabilität des Lohnniveaus, erhöht aber zugleich die Beschäftigung und Nachfrage. Damit stellt sich die freie Wanderung als notwendige Bedingung für das Wachstum des Sozialproduktes in einer Volkswirtschaft dar.<sup>34</sup> Da Zuwanderer den Pool an Humankapital erhöhen, steigt die Kapitalrentabilität, was wiederum zu Wirtschaftswachstum führt. Zuwanderer bringen zudem Vielfalt und stärken damit die Innovationsfähigkeit eines Landes, Fachkräfte stärken die wirtschaftliche Entwicklung und schaffen damit zusätzliche Arbeitsplätze und Wachstum.<sup>35</sup> Dies ist der Multiplikatoreffekt der Zuwanderung. Einheimische profitieren daher auch von Zuwanderung, allerdings betrifft dies die Bezieher höherer Einkommen tendenziell eher als die von geringen Einkommen oder Zuwanderer früherer Generationen.<sup>36</sup>

Aus arbeitsmarktpolitischer Sicht kann Immigration zudem als schnell wirkende arbeitsmarktpolitische Therapie verstanden werden, die den Arbeitskräftebedarf einer Volkswirtschaft kurzfristig zu decken hilft. Damit verlangsamt sie aber einen vielleicht notwendigen Strukturwandel. Man kann Zuwanderung daher auch als eine „Droge“ für schrumpfende Gesellschaften verstehen. Für diese ist es einfacher das notwendige Humankapital zu importieren, als es selber herzustellen.<sup>37</sup> Wie aus den Zahlen des BAMF bzgl. der Asylbeantragsteller aus dem Jahr 2015 hervorgeht ist die

---

<sup>33</sup> Vgl. BAMF (2015a), S. 7, und BAMF (2015b), S. 5.

<sup>34</sup> Vgl. Straubhaar (2005), S. 283 – 284.

<sup>35</sup> Vgl. Zimmermann (2011), S. 5.

<sup>36</sup> Vgl. Gathmann et al. (2014), S. 163 – 167.

<sup>37</sup> Vgl. Vogeler-Ludwig et al. (2015), S. 165.

überwiegende Zahl der Immigranten sehr jung oder jung. (Tab. 1) Gut ein Viertel (26,3%) ist unter 16 Jahren alt, insgesamt 29,3% sind zwischen 16 und unter 25. Insgesamt sind ca. 70% jünger als 30 Jahre. Dem stehen lediglich 0,5% Menschen über 65 Jahren, also im Rentenalter, gegenüber.

Die registrierten Asylbewerber des Jahres 2015 bringen somit eine hervorragende Altersstruktur mit nach Deutschland. Der ganz überwiegende Teil ist so jung, dass er in Deutschland seine Schul- und Berufsausbildung durchmachen, ein Leben lang Steuern und Sozialabgaben zahlen kann, bevor er selber in Rente geht. Diese Zuwanderung kann demnach helfen, das Schrumpfen der deutschen Bevölkerung zu verlangsamen, komplett verhindern kann sie es aber auch nicht. Der kurzfristige Verjüngungseffekt kann langfristig verpuffen, wenn auch die Zuwanderer älter werden und ihre Geburtenrate nicht dauerhaft über der der autochtonen Bevölkerung liegt. Die Bedeutung der Zuwanderung für die Verjüngung der Bevölkerungsstruktur und die Reduzierung eines möglichen Fachkräftemangels wird daher häufig überschätzt.<sup>38</sup>

**Tab. 1: Asylersanträge Januar bis November 2015 nach Altersgruppen**

<b>Altersgruppe</b>	<b>absolut</b>	<b>in %</b>
bis unter 16 Jahren	103.107	26,3%
von 16 bis unter 18 Jahren	17.964	4,6%
von 18 bis unter 25 Jahren	97.000	24,7%
von 25 bis unter 30 Jahren	60.070	15,3%
von 30 bis unter 35 Jahren	41.826	10,7%
von 35 bis unter 40 Jahren	27.922	7,1%
von 40 bis unter 45 Jahren	18.113	4,6%
von 45 bis unter 50 Jahren	11.316	2,9%
von 50 bis unter 55 Jahren	6.657	1,7%
von 55 bis unter 60 Jahren	3.807	1,0%
von 60 bis unter 65 Jahren	2.101	0,5%
65 Jahre und älter	2.145	0,5%
<b>Insgesamt</b>	<b>392.028</b>	<b>100,0%</b>

Quelle: BAMF (2015b) S. 10.

<sup>38</sup> Vgl. Straubhaar (2013), S. 318 - 319.

Auch verteilt sich der Zugewinn durch die Immigration in der Gastgesellschaft u.U. ungleich. Deshalb wird häufig befürchtet, dass es durch Zuwanderung auf dem Arbeitsmarkt zu Verdrängungseffekten für einzelne Mitglieder der Gesellschaft kommen kann. Außerdem könnte es durch die Zuwanderung zu einer erhöhten Konkurrenz um Sozialleistungen und öffentliche Güter zwischen der autochtonen und der zuwandernden Bevölkerung kommen.<sup>39</sup> Wie bereits Röpke (1959, S. 143) deutlich macht, ist die Meinung, dass Immigration zu konkreten Lohnsenkungen und erhöhter Arbeitslosigkeit führen muss, aber ein Irrtum. Dieser beruht auf der Prämisse, dass das Arbeitsangebot eine fixe Größe sei, welche wie ein „Kuchen“ unter den Beteiligten verteilt werden könnte. Stattdessen ist zu sehen, dass dieser „Kuchen“ durch die zusätzliche Nachfrage der Immigranten auch vergrößert werden kann. Eine starke Senkung des Lohnniveaus in Deutschland ist durch die Zuwanderung somit nicht zu erwarten. Wie Berechnungen auf Basis von Wanderungsdaten der 1980er und 1990er Jahre ergeben haben, führt eine Steigerung der Einwanderung um 1% der Erwerbsbevölkerung – was einer Nettozuwanderung von ca. 400.000 Menschen entspricht – gerade einmal zu einer kurzfristigen Verringerung des Durchschnittslohns um 0,1%.<sup>40</sup> Werden gezielt Fachkräfte mit Engpassqualifikationen für den deutschen Arbeitsmarkt gewonnen, ist bereits kurzfristig mit positiven Effekten der Zuwanderung zu rechnen. Doch auch in anderen Fällen führt Zuwanderung langfristig eher zu einem Steigen der Löhne der Autochtonen.<sup>41</sup> Zuwanderung kann daher langfristig auf jeden Fall positiv bewertet werden.

Es kommt daher auf die Qualifikationen der Zuwanderer an. Sind sie eher gut ausgebildet oder in der Lage Lücken im Angebot des deutschen Arbeitsmarktes zu füllen, ist ein positiver Effekt der Zuwanderung zu erwarten. Schlecht oder falsch qualifizierte könnten hingegen zu einer Konkurrenz für entsprechend qualifizierte Autochtonen werden.<sup>42</sup> Im Jahr 2014 kamen insgesamt nur 27.102 Personen, die vom BAMF als „Fachkräfte“ oder „Hochqualifizierte“ eingestuft wurden, regulär, z.B. über die BlueCard u.ä., nach Deutschland.<sup>43</sup> Für 2015 liegen noch keine Zahlen vor. Interessant ist lediglich das Ergebnis einer Auswertung von 100.000 Asylanträgen durch das BAMF im Sommer 2015. Da bei der Antragstellung zum Asyl auch Angaben zur

---

<sup>39</sup> Vgl. Straubhaar (2005), S. 283 – 284.

<sup>40</sup> Vgl. Gathmann et al. (2014), S. 163 – 167. Ähnliche Ergebnisse präsentiert Geis / Kemeny (2014), S. 18.

<sup>41</sup> Vgl. Geis / Kemeny (2014), S. 18.

<sup>42</sup> Vgl. Straubhaar (2013), S. 320 – 321.

<sup>43</sup> Vgl. BAMF (2015c), S. 90.

Bildung und Ausbildung erfragt werden, konnte das Amt zumindest in einer Stichprobe erste Zahlen herausfinden, die einen Aufschluss über die Qualifizierung der Zuwanderer des Jahres 2015 bieten.

**Tab. 2: Qualifikation von Asylbewerbern 2015 und autochtoner Bevölkerung**

Qualifikationsniveau	Asylbewerber 2015 (Stichprobe von ca. 100.000 Personen)	Asylbewerber aus Syrien 2015	Bevölkerung in Dtl.*
Hochschulabschluss	13,0%	ca. 25 %	18,0%
Gymnasialabschluss	18,0%	ca. 25 %	28,8%
Mittelschulabschluss	30,0%	ca. 25 %	22,7%
Grundschulabschluss	24,0%	ca. 17 %	33,8%
Kein Schulabschluss	8,0%	ca. 8%	3,6%

\* in % allgemeiner Schulausbildung, Hochschulabschluss in % nach beruflichem Bildungsabschluss, Quellen: Stichprobe des BAMF, Ergebnisse zitiert nach Gutschker/Rasche (2015), autochtone Vergleichsgruppe nach Destatis (<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/BildungForschungKultur/Bildungsstand/Tabellen/Bildungsabschluss.html>) (Zugriff am 22.12.2015)

Aufgrund unterschiedlicher Kategorisierungen sowie aufgrund des Stichprobencharakters der Daten für die Asylbewerber im Jahr 2015 sind die Zahlen in Tabelle 2 nur sehr bedingt vergleichbar. Es fällt aber auf, dass sich unter den Asylbewerbern relativ viele sehr gut bis gut ausgebildete Personen befinden (31% mit Gymnasial- oder Hochschulabschluss), was in etwa der Abiturientenquote unter der deutschen Wohnbevölkerung entspricht. Unter syrischen Asylbewerbern scheint diese Quote mit ca. 50% sogar noch deutlich höher zu sein.<sup>44</sup> Da bei der Erhebung der Daten ca. 60% der Syrer zudemangaben aus guten oder sogar sehr guten wirtschaftlichen Verhältnissen zu stammen, muss man davon ausgehen, dass es gerade die gut ausgebildete Mittelschicht des Landes ist, die nach Deutschland emigriert. Damit kommt es für Syrien zu einem „Brain Drain“ und damit zu einer Abwärtsspirale bei der Entwicklung der Bevölkerung abgebenden Gesellschaft. Die Kosten der Emigration für Syrien sind damit kaum abschätzbar.

Insgesamt kann daher gesagt werden, dass die derzeitige Zuwanderung nach Deutschland viele mittel- bis langfristige Chancen enthält. Die Zuwanderer sind

<sup>44</sup> Vgl. Gutschker / Rasche (2015). Andere Schätzungen, z.B. des ifo-Institutes München, gehen hingegen nur von einem Anteil von 6,0% Hochschulabsolventen aus Syrien aus und weisen zudem auf die in vielen Fällen nicht gleichwertigen Abschlüsse aus den Emigrationsländern hin.

überwiegend jung und gut ausgebildet. Damit können sie die demografische Entwicklung der Überalterung zumindest dämpfen und bei entsprechender Ausbildung auch Engpässe auf dem Arbeitsmarkt auszugleichen helfen. Da Zuwanderer aber eher in wirtschaftlich dynamische Regionen ziehen, ist eine Behebung der demografischen Lücke sowie des Fachkräftemangels in wirtschaftlich schwachen Regionen durch Zuwanderung eher unwahrscheinlich.<sup>45</sup> In der Vergangenheit entschlossen sich z.B. nur ca. 10% der Arbeitsmigranten in Deutschland für die neuen Bundesländer. Gerade in den strukturschwachen Regionen kommt es zudem zu dem Dilemma, dass ausgegrenzte, immobile Deutsche mit geringem Selbstwertgefühl auf leistungsbereite Immigranten treffen. Die daraus entstehende Ausländerfeindlichkeit verstärkt aber noch die bestehenden Standortnachteile.<sup>46</sup>

Zur Beseitigung der Effekte des demografischen Wandels sind deshalb weitere Maßnahmen notwendig. Dazu gehören v.a. eine Familienpolitik, welche die Geburtenrate dauerhaft erhöht, die Integration von bisher nicht Erwerbstätigen, v.a. Frauen und Älteren, sowie die Weiterbildung der vorhandenen Arbeitskräfte. Wie z.B. die Länder Frankreich und Schweden zeigen, ist es durchaus möglich mehr Kinder bei einer gleichzeitig höheren Erwerbsquote von Frauen zu erreichen. Es kommt dabei insbesondere auf weitere Fortschritte bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf als auch auf eine grundlegende Umgestaltung der Familienpolitik darauf an. Erst wenn sich die Zwei- oder Dreikindfamilie zum neuen Leitbild durchsetzt, kann die demografische Lücke langfristig geschlossen werden und der Fachkräftemangel ebenso langfristig verhindert werden.<sup>47</sup> Allerdings kann durch den Multiplikatoreffekt der Zuwanderung mit zusätzlichem Wirtschaftswachstum und zunehmendem Wohlstand gerechnet werden. Die Immigration nach Deutschland hat demnach insgesamt viele positive Effekte.

### **3.2.2 Risiken: Integration in den deutschen Arbeitsmarkt**

Die Integration der Zuwanderer stellt Deutschland kurzfristig aber auch vor große Herausforderungen. Ein geringes Durchschnittsalter und eine hohe Qualifikation im Heimatland sagen nichts über die Möglichkeiten der Integration der Flüchtlinge in den deutschen Arbeitsmarkt und die deutsche Gesellschaft aus. Inwieweit die An-

---

<sup>45</sup> Vgl. Gathmann et al. (2014), S. 159.

<sup>46</sup> Vgl. Siegert et al. (2013), S. 3 und 14.

<sup>47</sup> Vgl. Vogeler-Ludwig et al. (2015), S. 162.

kömmlinge des Jahres 2015 in beiden Bereichen integrierbar sind, hängt von vielen Faktoren ab. Von besonderer Bedeutung sind Kenntnisse in der deutschen Sprache. Das BAMF bietet daher verstärkt Sprach- und Integrationskurse für „Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive“, d.h. Personen aus Syrien, Irak, Iran und Eritrea, an. Die Anforderungen an das Lehrpersonal wurden zudem im Spätsommer 2015 herabgesetzt, um mehr Lehrkräfte in den entsprechenden Kursen zur Verfügung zu haben.<sup>48</sup> Ob diese Anstrengungen jedoch ausreichend sind, ist abzuwarten.

Zwar können einzelne Personengruppen, die keine EU-Bürger sind, zu einem Integrationskurs verpflichtet werden, das Erreichen der Ziele des Kurses stehen aber in keinem Zusammenhang mit dem Aufenthaltstitel. Im Zeitraum von 2005 bis 2014 waren so nur 29,9% bis 54,4% der Teilnehmer an Integrationskursen dazu verpflichtet. Im Jahr 2014 konnten immerhin 211.321 Personen an einem Integrationskurs teilnehmen.<sup>49</sup> Wie schwierig und zeitintensiv diese Integrationsarbeit ist, zeigen zudem die Ergebnisse der Sprachtests. Der „Gemeinsame Europäische Referenzrahmen“ für den Spracherwerb unterscheidet die Stufen „Elementare Sprachverwendung“ (A1: Einstieg, A2: Grundlagen), „Selbständige Sprachverwendung“ (B1: Mittelstufe, B2: gute Mittelstufe) und „Kompetente Sprachverwendung“ (C1: fortgeschrittene Kenntnisse, C2: exzellente Kenntnisse). Die Aufnahme eines Studiums in Deutschland setzt i.d.R. Deutschkenntnisse der Stufe C1 voraus, eine berufliche Tätigkeit im akademischen Bereich wird ebenso einzustufen sein, sofern die Tätigkeit nicht in englischer Sprache auf dem gleichen Niveau geleistet werden kann. In den Integrationskursen des BAMF 2014 erreichten aber nur 56,9% der Teilnehmer das Niveau B1, 34,5% A2. 8,8% der Kursteilnehmer verblieben unter dem A2-Niveau. Obwohl das BAMF dies als „Spitzenergebnis“ bewertet,<sup>50</sup> bedeutet es doch, dass die meisten Zuwanderer auf einem schlechten oder mittelmäßigen Niveau deutsch sprechen. Gute oder sehr gute Deutschkenntnisse stehen aber in einem signifikanten positiven Zusammenhang mit einer höheren Wahrscheinlichkeit erwerbstätig zu sein, ein höheres Einkommen zu erzielen und entsprechend der fachlichen Qualifizierung tätig sein zu können.<sup>51</sup>

Entscheidend für den Integrationserfolg ist, dass die Zuwanderer im Aufnahmeland tatsächlich erwerbstätig werden. Menschen mit Migrationshintergrund sind in

---

<sup>48</sup> Vgl. dazu [www.bamf.de](http://www.bamf.de).

<sup>49</sup> Vgl. BAMF (2015c), S. 114 – 115.

<sup>50</sup> Vgl. BAMF (2015c), S. 123.

<sup>51</sup> Vgl. IAB / DIW (2014), S. 1124, ebenso Brücker et al. (2014), S. 1148.

Deutschland aber seit Jahren relativ schlecht in den Arbeitsmarkt integriert. Teilweise weisen sie erheblich geringere Erwerbsquoten als die autochtone Bevölkerung auf, selbst dann, wenn sie vergleichbare Qualifikationen nachweisen können. Dabei stellen i.d.R. nicht die Motivation und Qualifikation das zentrale Problem dar, sondern sprachliche Defizite.<sup>52</sup> Dabei zeigen sich auch zwischen den Herkunftsländern erhebliche Unterschiede. So waren in den letzten Jahren in Deutschland die meisten EU-Ausländer, auch Rumänen, kaum häufiger arbeitslos als Autochtone. Hingegen muss für Flüchtlinge aus dem Nahen Osten konstatiert werden, dass diese in den letzten Jahren überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen waren.<sup>53</sup>

Das Problem kann durch eine Analyse der Ergebnisse des Mikrozensus von 2011 deutlich gemacht werden. Wie Berechnungen des DIW ergaben, war die Erwerbslosenquote fast aller Gruppen von Ausländern oder Menschen mit Migrationshintergrund in diesem Jahr höher als derjenige von Deutschen ohne Migrationshintergrund (5,3%). Lediglich die Zugezogenen aus Nord- und Westeuropa (EU) konnten mit 4,4% noch geringere Erwerbslosenquoten aufweisen. Vermutlich handelt es sich bei diesem Personenkreis um besonders qualifizierte Arbeitskräfte, deren Integration in den deutschen Arbeitsmarkt völlig ohne Probleme möglich war. Über dem Durchschnitt von 6,0% lagen hingegen alle Personengruppen, welche aus Süd- und Osteuropa stammten oder Deutsche mit Migrationshintergrund (zwischen 6,9 und 11,8%). Völlig abgeschlagen mit Erwerbslosenquoten von 13,4% und 15,4% finden sich hingegen Zugezogene aus europäischen Ländern außerhalb der EU bzw. Zugezogene aus nicht europäischen Ländern. Auch bei der Betrachtung der Erwerbsquoten bieten ein ähnliches Bild: Wiederum sind es die zugezogenen Nord- und Westeuropäer, die mit 69,9% die höchste Erwerbsquote aufweisen, die geringste Erwerbsquote weisen hingegen mit 46,8% die Zugezogenen aus nicht-europäischen Ländern auf. Auch Deutsche mit Migrationshintergrund und Ausländer ohne eigene Migrationserfahrung weisen ähnliche Quoten auf. Zieht man hingegen den Anteil der Personen in Ausbildung mit in Betracht, ändert sich das Bild deutlich. Deutsche mit Migrationshintergrund, Ausländer ohne Migrationserfahrung und die ab 2010 zugewanderten Südeuropäer liegen alle über dem Durchschnitt von 80,5%. Es handelt sich demnach um Gruppen mit einem besonders hohen Anteil von jungen Menschen. Weiterhin abgeschlagen liegen jedoch die Zugezogenen aus europäischen Ländern außerhalb der

---

<sup>52</sup> Vgl. Straubhaar (2013), S. 323 – 324.

<sup>53</sup> Vgl. Gathmann et al. (2014), S. 169 – 170, ebenso Kostmann (2015), S. 27.

EU (insgesamt 59,2%) sowie aus nicht europäischen Ländern (insgesamt 63,6%). (vgl. dazu Tab. 3)

**Tab. 3: Erwerbslosen-, Erwerbstätigen- und Ausbildungsquoten nach Staatsangehörigkeit und Migrationserfahrung 2011**

Staatsangehörigkeit / Migrationshintergrund	Erwerbslosenquote (nach ILO-Konzept*)	Erwerbstätigenquote (ohne erwerbstätige Schüler, Studenten etc.)	Personen in Ausbildung
Zugezogene Nord- und Westeuropäer aus der EU	4,4%	69,9%	7,9%
<b>Deutsche ohne Migrationshintergrund</b>	<b>5,3%</b>	<b>67,5%</b>	<b>14,3%</b>
Osteuropäer aus EU-Staaten, zugezogen ab 2004	6,9%	65,7%	13,1%
Südeuropäer zugezogen vor 2010	8,1%	68,4%	5,1%
Deutsche mit Migrationshintergrund, eingebürgert	8,8%	48,1%	33,6%
Bulgaren und Rumänen, zugezogen vor 2007	9,0%	61,6%	15,3%
Ausländer ohne eigene Migrationserfahrung	10,8%	48,0%	37,2%
Osteuropäer aus EU-Staaten, zugezogen vor 2004	11,1%	62,8%	7,8%
Südeuropäer zugezogen ab 2010	11,3%	51,7%	31,8%
Bulgaren und Rumänen, zugezogen ab 2007	11,3%	56,7%	17,6%
Zugezogene aus europäischen Ländern außerhalb der EU	13,4%	51,9%	7,3%
Zugezogene aus nicht europäischen Ländern	15,4%	46,8%	16,8%
<b>Insgesamt</b>	<b>6,0%</b>	<b>65,2%</b>	<b>15,3%</b>

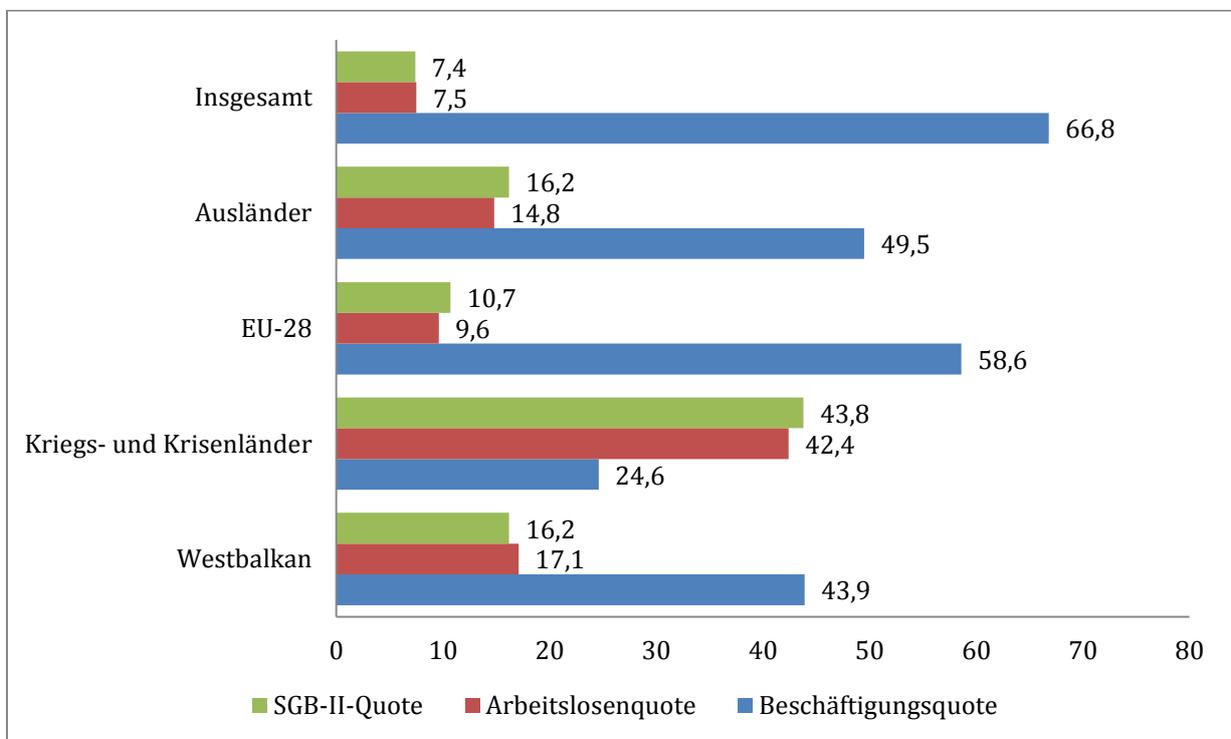
\* ILO-Konzept: Demnach sind als erwerbslos anzusehen alle Personen, die überhaupt keiner bezahlten Beschäftigung nachgehen und eine aktiv suchen.

Quelle: DIW (2013), S. 7, und Brenke / Neubecker (2013), S. 7.

Gemäß Mikrozensus 2011 nahmen Zugezogene aus europäischen Ländern außerhalb der EU auch eine Spitzenposition (63,0%) bei der Ausübung einfacher Tätigkeiten ein, gefolgt von Bulgaren und Rumänen (zugezogen ab 2007) mit 62,0%, Südeuropäern (zugezogen vor 2010) mit 59,0%, Bulgaren und Rumänen (zugezogen vor 2007) mit 53,0%. Zugezogene aus nicht europäischen Ländern liegen hier mit 48,0% erst an siebter Stelle. Während Zugezogene aus europäischen Ländern außerhalb der EU parallel nur zu 3,0% hochqualifizierten Tätigkeiten nachgingen (letzter Platz), lagen die Zugezogene aus nicht europäischen Ländern mit 11,0% hingegen im Mit-

telfeld. Hier werden die Spitzenpositionen von nach 2010 zugezogenen Südeuropäern mit 23,0% und zugezogenen Nord- und Westeuropäern aus der EU mit 17,0% gehalten, mit weitem Vorsprung vor den autochtonen Deutschen mit 11,0%.<sup>54</sup> Die Gründe für das schlechte Abschneiden von insbesondere Nicht-EU-Europäern aber auch von Zugezogenen aus nicht europäischen Ländern mögen vielfältig sein, von mangelnden Sprachkenntnissen über fehlende Qualifikationen (schlechtere Humankapitalausstattung) bis zu kulturellen Barrieren oder aktiver Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt ist nichts ausgeschlossen.<sup>55</sup>

**Abb. 6: Arbeitsmarktindikatoren in % nach Staatsangehörigkeitsgruppen (Aug. 2015)**



Quelle: IAB (2015), S. 3.

Auch im Jahre 2015 sind die meisten Flüchtlinge nicht ausreichend für den deutschen Arbeitsmarkt qualifiziert. Die Arbeitslosenquote ausländischer Beschäftigter lag so im August 2015 bei 14,8%. Je nach Herkunftsländergruppen verläuft die Entwicklung der Arbeitslosenquoten aber unterschiedlich. Während die Ausländer aus den EU-28 Staaten im August 2015 nur zu 9,6% arbeitslos waren, stieg sie unter den Asylsuchenden und Flüchtlingen im gleichen Zeitraum auf 43,8% an. Dabei ist zu

<sup>54</sup> Vgl. DIW (2013), S. 12.

<sup>55</sup> Vgl. dazu z.B. die Übersicht bei Kostmann (2015), S. 7 – 12.

berücksichtigen, dass die meisten Personen dieser Gruppe dem deutschen Arbeitsmarkt noch gar nicht zur Verfügung stehen. Daher ist hier auch die Quote der Sozialhilfebezieher nach SGB-II mit 43,8% hier überproportional hoch, die Beschäftigungsquote mit 24,6% hingegen die geringste unter den Vergleichsgruppen. Auffällig hoch ist hingegen die Beschäftigungsquote der Migranten vom Westbalkan, die mit 43,9% fast der aller Ausländer in Deutschland entspricht. (Vgl. Abb. 6) Diese Zahlen werden sich im kommenden Jahr noch einmal dramatisch verändern. Das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung vermutet, dass sich 2016 die Flüchtlingsmigration in höheren Arbeitslosen- und SGB-II-Leistungsbezieherquoten widerspiegeln wird, wenn große Teile der Flüchtlinge die Asylverfahren abgeschlossen haben. Hingegen geht das Institut davon aus, dass die Entwicklung der Arbeitsmarktsituation anderer Migrantengruppen sich voraussichtlich weiter positiv entwickeln wird.<sup>56</sup>

Integration ist daher das Gebot der Stunde: Integration bedeutet aber zuallererst, dass Immigranten ihren Lebensunterhalt selber bestreiten können und am gesellschaftlichen Leben in Deutschland teilhaben.<sup>57</sup> Dafür sind aus ökonomischer Sicht insbesondere Deutschkenntnisse und Bildung notwendig.<sup>58</sup> Aus gesellschaftlicher Sicht ist noch die Akzeptanz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu ergänzen. Da Zuwanderung aber nicht unbedingt auch dauerhafte Einwanderung ist, d.h. gerade Arbeitsmigranten kommen und gehen, muss von zunehmender „zirkulärer Migration“ ausgegangen werden. Eine optimale Integration kann daher nicht gesellschaftliche Assimilation bedeuten. Stattdessen muss deutlich sein, dass kulturelle Vielfalt eine Stärke ist, welche sich auch wirtschaftlich auszahlt. Unterschiedliche Gruppen von Menschen werden sich jedoch auch in unterschiedlichem Maß integrieren lassen. Während junge und gut ausgebildete Immigranten durchaus Chancen auf dem deutschen Arbeitsmarkt haben, werden ältere und schlechter ausgebildete Zuwanderer eher schlecht integrierbar sein.<sup>59</sup> Auch ist zu befürchten, dass sich Zuwanderer aus nicht europäischen Kulturkreisen weniger integrieren werden als solche mit europäischem Hintergrund. Dies zeigt bereits die o.g. Arbeitsmarktstatistik. Aus der Veränderung der Bevölkerungsstruktur resultieren zudem auch Risiken für das Fortbestehen der europäischen Werte und Kultur. Insbesondere gegenüber dem Entstehen von Parallelgesellschaften muss mit einer entsprechenden Integrationspolitik

---

<sup>56</sup> Vgl. IAB (2015), S. 4.

<sup>57</sup> Vgl. Kostmann (2015), S. 1.

<sup>58</sup> Vgl. Liebau / Romiti (2014), S. 1136.

<sup>59</sup> Vgl. Gathmann et al. (2014), S. 160 – 174.

entgegengewirkt werden. So wurde bereits in der Vergangenheit deutlich, dass Bildungsniveau und Sprachkompetenz bei Zuzug positiv miteinander korreliert sind, das Vorhandensein eines nationalen oder sonstigen ethischen Netzwerkes hingegen negativ mit Investitionen in die deutsche Sprache verbunden ist, da es Immigranten ermöglicht, auch ohne Deutschkenntnisse den Alltag zu bewältigen.<sup>60</sup> Insbesondere eine Segregation von Immigranten über mehrere Generationen hinweg muss daher mit allen Mitteln bekämpft werden.<sup>61</sup> Bereits in Deutschland lebende Ausländer besser in die deutsche Gesellschaft und Arbeitswelt zu integrieren ist daher wichtiger, als die Probleme der demografischen Lücke durch weitere Zuwanderung beheben zu wollen.<sup>62</sup> Integration ist zudem erfolgreicher, wenn die Interaktion zwischen Migranten und Aufnahmegesellschaft, die Vermittlung von Normen und Werten wie auch der Zugang zum Arbeitsmarkt den Erwartungen von Einwanderern entsprechen. Auch die Aufnahmegesellschaft muss daher auf die Immigranten zugehen und Interesse an der kulturellen Vielfalt, welche diese mitbringen, zeigen.<sup>63</sup> Nur dann kann Integration wirklich gelingen.

#### **4. Ordnungspolitische Perspektiven: ein transparentes Einwanderungsrecht**

Es ist daher wichtig, dass die Immigration nach Europa und insbesondere Deutschland schnellst möglich von einer unregulierten, humanitär begründeten, zu einer freiheitlichen, aber ökonomisch begründeten transformiert wird. Nur so kann die ungesteuerte und illegale Zuwanderung durch eine legale und steuerbare Immigration ersetzt werden, von der sowohl die Zuwanderer als auch die deutsche Gastgesellschaft profitieren können. Dabei ist zwischen einer kurzfristigen Flüchtlings- und Asylpolitik einerseits und einer langfristigen Bleiberechts- oder sogar Anwerbepolitik zu unterscheiden. Während die Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlingen und Asylbewerbern für eine begrenzte Zeit eine humanitäre und politische Notwendigkeit ist, muss eine langfristige Zuwanderung ökonomisch gesteuert sein. Derzeit ist die Immigrationspolitik in der gesamten EU jedoch immer noch von einem „Festungsdenken“ gekennzeichnet.<sup>64</sup> Außerdem wird versucht, mit Hilfe bürokratischer Maßnahmen eine Trennung zwischen Flüchtlingen und Wirtschaftsmigranten aufrecht zu erhalten. Stattdes-

---

<sup>60</sup> Vgl. Liebau / Romiti (2014), S. 1138.

<sup>61</sup> Vgl. Hinte (2012), S. 15.

<sup>62</sup> Vgl. Straubhaar (2013), S. 323 – 324.

<sup>63</sup> Vgl. Siegert et al. (2013), S. 1.

<sup>64</sup> Vgl. Rinne / Zimmermann (2014), S. 19.

sen sollten aber lieber die vielfältigen Verflechtungen von Wanderungsmotiven in Zusammenhang mit dem eigenen Arbeitskräftebedarf gebracht werden.<sup>65</sup>

Ökonomische Ansätze zur Regelung der Immigration reichen von völliger Wanderungsfreiheit bis hin zur Einführung einer „Einwanderungsgebühr“, welche sicherstellen soll, dass nur produktive Einwanderer attrahiert werden.<sup>66</sup> Aus ordnungsökonomischer Sicht ist v.a. auf das Regelwerk der Immigration zu fokussieren. So sind Nationalstaaten als territoriale Bürgergenossenschaften zu verstehen, also als Clubs, die zur Organisation der Realisierung gemeinsamer Ziele ihrer Mitglieder, der Bürger, dienen. Innerhalb des Clubs werden bestimmte Spielregeln für die politischen, rechtlichen, sozialen und ökonomischen Gesellschaftsbereiche festgelegt. Solche Clubs stehen international miteinander im Wettbewerb um mobile Ressourcen wie Kapital und Arbeit. Es ist daher Aufgabe der politischen Entscheider, auch Spielregeln für die Immigration festzulegen. Wer als Zuwanderer die Spielregeln eines bestimmten Clubs nutzen möchte, muss die von der jeweiligen Gastgesellschaft festgelegten Migrations- und Integrationsregeln anerkennen.<sup>67</sup>

Deutschland hat sich bis vor kurzem noch nicht als Einwanderungsland verstanden und die Immigration daher nur indirekt gestaltet. In der politischen Diskussion stehen auch heute noch die Bedrohungen durch die Immigration eher im Vordergrund als die Chancen, welche sich daraus ergeben.<sup>68</sup> Durch die Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union ist Deutschland aber in den letzten Jahren verstärkt zu einem Einwanderungsland, v.a. für Migranten aus Ost- und Südeuropa geworden.<sup>69</sup> Leider hat das Land sich aber durch die maximale Ausschöpfung der Übergangsfristen bis zuletzt abgeschottet, so dass andere Länder wie Großbritannien und Irland bereits früher davon profitieren konnten.<sup>70</sup> Wie spätestens die Ereignisse des Jahres 2015 deutlich machen, muss auch die deutsche Politik endlich die Zuwanderung ordnungspolitisch gestalten, statt nur auf sie zu reagieren. Die bisherigen Regelungen und Gesetze haben sich aber als unzureichend erwiesen. So führte die im Jahre 2000 medienwirksam eingeführte „GreenCard“ für Fachkräfte in der Informations- und Kommunikationstechnologie innerhalb von fünf Jahren gerade einmal zur Ein-

---

<sup>65</sup> Vgl. Rinne /Zimmermann (2015), S. 116.

<sup>66</sup> Vgl. dazu den Vorschlag von Becker (2011), S. 28, der eine USD 50.000 Gebühr für die Immigration in die USA bzw. eine vergleichbare Summe für Groß-Britannien vorschlägt.

<sup>67</sup> Vgl. Borella (2008), S. 2.

<sup>68</sup> Erinnert sei nur an des 2010 erschienene und viel diskutierte Buch von Thilo Sarrazin „Deutschland schafft sich ab“ oder die aktuellen PEGIDA-Demonstrationen.

<sup>69</sup> Vgl. Vogeler-Ludwig et al. (2015), S. 17.

<sup>70</sup> Vgl. Zimmermann (2014), S. 6.

wanderung von 17.000 Fachkräften.<sup>71</sup> Auch das 2005 in Kraft getretene Zuwanderungsgesetz schuf zwar einige Erleichterungen, z.B. die Möglichkeit für ausländische Studierende, sich zur Arbeitsplatzsuche ein weiteres Jahr in Deutschland aufzuhalten, stellt aber eher eine Maßnahme zur Beschränkung der Immigration dar.<sup>72</sup> Deshalb fand die Zuwanderung nach Deutschland immer noch weitestgehend ungesteuert statt und begünstigte Geringqualifizierte.<sup>73</sup> Das 2009 in Kraft getretene „Gesetz zur arbeitsmarktadäquaten Steuerung der Zuwanderung Hochqualifizierter...“ zielte zwar auf die Gewinnung von Hochschulabsolventen und erleichterte deren Zuwanderung weiter, wurde aber im Ausland kaum bekannt gemacht.<sup>74</sup> Auch das System der BlueCard sollte ab 2012 die Einwanderung von Akademikern aus Drittstaaten erleichtern, hat sich jedoch aufgrund zu hoher Einkommensgrenzen und der zeitlichen Beschränkung auf drei Jahre ebenfalls als unzureichend erwiesen.<sup>75</sup> So wanderten im Jahr 2014 lediglich 3.099 „Hochqualifizierte“ über dieses System nach Deutschland ein.<sup>76</sup> Lediglich durch das am 1. April 2012 in Kraft getretene Anerkennungsgesetz wird nun auch die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse endlich geregelt.<sup>77</sup> Letztendlich sind die Einwanderungsregelungen in Deutschland jedoch immer noch kompliziert, intransparent und wenig wachstumsfördernd.

Wie gerade wieder deutlich wird, verschärft die Beschränkung der Arbeitsmigration nach Deutschland diejenige aus humanitären und politischen Gründen. Denn die Einwanderungswilligen aus den sog. Drittstaaten nutzen z.B. die deutschen Asylregeln, um in das Land zu kommen, wenn ihnen die offizielle Tür versperrt wird. Durch die unregelte Immigration verliert Deutschland aber die Möglichkeit, Immigranten selber auszusuchen und die Immigration zum eigenen Nutzen zu steuern. Wie bereits gezeigt wurde, entspricht die derzeitige Flüchtlingswelle aus dem Nahen Osten nur bedingt den Bedürfnissen des deutschen Arbeitsmarktes. Zwar sind die Zuwanderer überwiegend sehr jung und relativ gut gebildet, dennoch stellt ihre Integration in den Arbeitsmarkt Deutschland vor große Herausforderungen. Es ist deshalb zu überlegen, wie aus der großen Zahl qualifizierter Flüchtlinge – nicht nur aus dem Nahen Osten, sondern auch vom Westbalkan etc. – durch ein gezieltes Auswahlverfah-

---

<sup>71</sup> Vgl. Hinte (2012), S. 11.

<sup>72</sup> Vgl. Borella (2008), S. 2 – 3.

<sup>73</sup> Vgl. Hinte / Zimmermann (2010), S. 3.

<sup>74</sup> Vgl. Hinte (2012), S. 11.

<sup>75</sup> Vgl. Siegert et al. (2013), S. 3.

<sup>76</sup> Vgl. BAMF (2015c), S. 85.

<sup>77</sup> Vgl. Brenke / Neubecker (2013), S. 19.

ren dauerhaft Arbeitskräfte für den deutschen Arbeitsmarkt gewonnen werden können.<sup>78</sup>

Die Einwanderungspolitik in Deutschland ist daher auf ökonomischer Grundlage neu zu orientieren. Dadurch kann die Qualifikationsstruktur der Zuwanderer und ihre Integration in den deutschen Arbeitsmarkt verbessert werden. Zu den dringend notwendigen Maßnahmen gehören v.a. die Absenkung der Gehaltsobergrenzen für die Zuwanderung von (hoch-)qualifizierten Zuwanderern, die schnellere Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen sowie die Öffnung des Arbeitsmarktes für Immigranten, insbesondere in von Fachkräftemangel betroffenen Berufsfeldern und / oder Regionen.

Die Zuwanderung ist deshalb im Rahmen eines umfassenden Zuwanderungsgesetzes durch ein Punkteverfahren – ähnlich wie es in anderen Einwanderungsländern praktiziert wird – transparent, freiheitlich und ökonomisch sinnvoll zu organisieren. Grundsätzlich gibt es angebots- und nachfrageorientierte Auswahlssysteme. Angebotsorientierte Punkteverfahren wurden ursprünglich für Einwanderungsländer wie Australien, Neuseeland und Kanada entwickelt. Sie messen v.a. das Humankapital der Zuwanderer anhand von Faktoren wie Bildungsabschluss, Berufsabschluss, Alter und Sprachkenntnisse, bereits im Lande erworbene Erfahrungen und Qualifikationen. Wer dann eine bestimmte Punktzahl erreicht, erhält eine temporäre oder dauerhafte Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung. Dahinter steht die Idee, dass das vorhandene Humankapital entscheidend für eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt ist. Nachfrageorientierte Systeme sind hingegen am konkreten Arbeitskräftebedarf der Einwanderungsländer orientiert. Ein sehr bekanntes Beispiel ist das H1B-Visum in den USA. Aber auch die deutsche Einwanderungspolitik mit nachgewiesenem Arbeitskräftebedarf, Vorrangprüfung und Gehaltsgrenzen folgt bisher diesem Modell. Beide Systeme können jedoch ihre Ziele verfehlen, denn auch komplexe angebotsorientierte Systeme können die Zuwanderung an den Anforderungen des Arbeitsmarktes vorbeisteuern bzw. nachfrageorientierte Systeme die Zuwanderung in Bereiche lenken, in denen nur kurzfristig ein Engpass existiert. In den letzten Jahren zeichnet sich daher eine Konvergenz der beiden Systeme ab. So werden häufig Humankapital-Punktierungen durch den Nachweis eines konkreten Arbeitsplatzangebots ergänzt.<sup>79</sup> Mit Hilfe eines solchen kombinierten Systems könnten auch in

---

<sup>78</sup> Vgl. Vogler-Ludwig et al. (2015), S. 160.

<sup>79</sup> Vgl. Brücker (2010), S. 4 und 18 – 21.

Deutschland gezielt solche Gruppen von Migranten angesprochen werden, deren schnelle Integration in den deutschen Arbeitsmarkt erwartet werden kann und die zudem helfen konkrete Fachkräfteengpässe zu reduzieren. Ein solches Auswahlssystem wäre zudem transparent und nicht-diskriminierend.

Bereits im Jahre 2010 forderte das Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit daher ein entsprechendes kombiniertes angebots- und nachfrageorientiertes Punktesystem, das folgende Kriterien in einem 100-Punkte-System umfassen sollte, wie sie Tabelle 4 zeigt.

**Tab. 4: Punktesystem des IZA von 2010**

Bildungs- und Berufsabschluss	gestaffelt max. 30 Punkte
Sprachkenntnisse	gestaffelt max. 20 Punkte
Berufserfahrung	gestaffelt max. 15 Punkte
Arbeitsplatzangebot in Deutschland	10 Punkte
Besondere Integrationsvorteile (z.B. Studium in Deutschland)	max. 15 Punkte
Lebensalter (25 – 45 Jahre)	10 Punkte

Quelle: Hinte / Zimmermann (2010), S. 10.

Dabei sollen 60 Punkte genügen, um zur Immigration nach Deutschland berechtigt zu sein, sofern eine Mindestqualifikation und eine Mindestpunktzahl in den einzelnen Kategorien vorliegen und ein Höchstkontingent von Zuwanderern nicht überschritten ist. Den Zuwanderern würde nach diesem Konzept dann sofort eine Arbeitserlaubnis ohne jede Vorrangprüfung etc. zustehen.<sup>80</sup> In einem Gutachten für das Sächsische Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr aus dem Jahre 2011 konkretisierten die Autoren dieses Konzept noch einmal explizit. Hier stellen sie gleich zwei Verfahren vor, einmal für hochqualifizierte und einmal für qualifizierte Zuwanderer.<sup>81</sup> Mit Hilfe eines solchen Auswahl- und Quotierungssystems wollen sie eine verlässliche Dosierung der Zuwanderung entsprechend dem aktuellen Arbeitskräftebedarf möglich machen. So würde dieses System auch die besten Voraussetzungen für eine gesellschaftliche Integration der Zuwanderer darstellen.<sup>82</sup>

In Anbetracht der zunehmenden Zuwanderung aus sog. Drittstaaten erhält der Grundgedanke einer Zuwanderungssteuerung über ein Punktesystem gerade heute

<sup>80</sup> Vgl. Hinte / Zimmermann (2010), S. 10.

<sup>81</sup> Vgl. Hinte et al. (2011a), S. 43 – 59; ebenso noch einmal bei Hinte (2012), S. 26.

<sup>82</sup> Vgl. Hinte et al. (2011b), S. 8.

neue Bedeutung. Da die Zuwanderung aus den Ländern der EU ohnehin nicht gesteuert werden kann, da hier Freizügigkeit herrscht, muss zumindest die Zuwanderung aus Nicht-EU-Staaten nach ökonomischen Kriterien erfolgen. Mit dem Vorschlag einer Quotierung fallen die Autoren des IZA aber komplett wieder in eine rein nachfrageorientierte Einwanderungspolitik zurück. Das System verliert zudem seine Transparenz und Offenheit für die potentiellen Immigranten. So kann sich kein potentieller Zuwanderer sicher sein, dass er auch wirklich einwandern darf, wenn er die geforderte Mindestpunktzahl – in den einzelnen Kategorien wie auch insgesamt – erfüllt. Im extremen Fall kann es sogar dazu kommen, dass Zuwanderer ohne konkretes Arbeitsangebot im Januar einreisen dürfen und eine dauerhafte Aufenthaltsberechtigung bekommen, andere an der Zuwanderung interessierte Personen, die sogar ein konkretes Arbeitsangebot haben, im Dezember aber abgewiesen werden, da das Jahreskontingent erschöpft ist. Auch der Vorschlag, zu einem bestimmten Stichtag die besten Bewerber bis zu einer vorher festgelegten „Obergrenze“ der Immigration auszuwählen<sup>83</sup>, ist eher bürokratisch und intransparent. Aus ordnungspolitischer Sicht ist eine Quotierung daher abzulehnen, da sie zu interventionistisch ist. Stattdessen muss ein Punktesystem die Regeln der Zuwanderung ex ante konkret definieren, damit Rechtssicherheit für alle Beteiligten, die potentiellen Zuwanderer wie auch die Aufnahmegesellschaft, insbesondere die potentiellen Arbeitgeber der Zuwanderer, herrscht. Eine Regulierung der Menge von Zuwanderern kann daher auch nur ex ante und indirekt erfolgen, nämlich über die Veränderung der zur Immigration notwendigen Mindestpunktzahl, z.B. für das kommende Jahr.

Diese Auswahlpolitik durch das Punktesystem ist zudem durch eine Integrationspolitik zu ergänzen, welche auf Anerkennung ausländischer Berufs- und Studienabschlüsse zielt, den Zuwanderern eine sprachliche und berufliche Ausbildung ermöglicht sowie Jugendlichen mit Migrationshintergrund den Zugang zur dualen Ausbildung und den deutschen Hochschulen ermöglicht.<sup>84</sup> Ein flächendeckendes, dauerhaftes und qualitativ hochwertiges Deutschkursangebot für alle Immigranten – Arbeitsmigranten wie auch Flüchtlinge und Asylbewerber – ist daher von besonderer Bedeutung.<sup>85</sup> Auf der anderen Seite dürfen zu großzügige und zu unspezifisch flächendeckende Sozialtransfers keine zusätzlichen Anreize zur Immigration darstellen, weder für EU-Bürger, noch für Zuwanderer aus Drittstaaten. Dazu gehören v.a. eine

---

<sup>83</sup> Vgl. Hinte (2012), S. 24.

<sup>84</sup> Vgl. Vogeler-Ludwig et al. (2015), S. 166.

<sup>85</sup> Vgl. Daumann et al. (2015), S. 13.

Entkopplung von früheren Leistungen an spätere Ansprüche sowie der Übergang von einer beitragsfinanzierten Versicherung zu einer steuerfinanzierten sozialen Grundsicherung, welche dringend vermieden werden müssen.<sup>86</sup> Dies kann z.B. durch Fristen geschehen, innerhalb derer die Immigranten nicht anspruchsberechtigt sind. Auch auf die Immigranten des Jahres 2015 – Bürgerkriegsflüchtlinge und Asylbewerber – kann das Verfahren nach Ablauf ihrer Aufenthaltstitel angewendet werden. Wer sich integriert hat, sich selbst versorgen und deutsch sprechen kann, kann beim Erreichen der entsprechenden Punktzahl eine Daueraufenthaltsberechtigung erhalten, wer sich hingegen nicht integriert, muss Deutschland wieder verlassen. Diese Immigranten können z.B. durch die bis zu 15 Punkte für besondere Integrationsvorteile (mehrjähriger Aufenthalt in Deutschland) faktisch bevorzugt werden. Mit einer solchen Regelung, welche die Bedeutung der Zuwanderer für den deutschen Arbeitsmarkt und die wirtschaftliche Entwicklung im Land hervorhebt, könnte die Immigration auch gegenüber der autochtonen deutschen Bevölkerung besser verständlich gemacht werden und für eine Verbesserung der Willkommenskultur sorgen.

## **5. Zusammenfassung der Ergebnisse**

Deutschland ist zum Einwanderungsland geworden. Das eröffnet dem Land enorme Chancen für seine weitere wirtschaftliche Entwicklung, kulturelle Vielfalt und Innovationsfähigkeit. Gerade die Zuwanderer der letzten Monate sind zudem durchgehend jung und zum großen Teil gebildet. Durch den Multiplikatoreffekt der Zuwanderung wird die demografische Lücke aber ebenso wenig geschlossen werden wie der Fachkräftemangel dadurch beseitigt werden kann. Dafür sind andere Maßnahmen, v.a. in der Familienpolitik, notwendig. Zuwanderung kann die negative Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt lediglich bremsen, aber nicht aufhalten. Die positiven Effekte der Zuwanderung sind daher eher langfristiger Natur. Kurzfristig stehen diesen Gewinnen aber auch enorme Herausforderungen, insbesondere durch die Massenzuwanderungen von Bürgerkriegsflüchtlingen und Asylbewerbern, gegenüber. Wie Daten aus vergangenen Jahren zeigen, ist die Integration von Zuwanderern aus nicht zur EU gehörigen europäischen Staaten als auch aus außereuropäischen Staaten bisher am wenigsten gelungen. Um diese Herausforderung zu bewältigen, sind ins-

---

<sup>86</sup> Vgl. Straubhaar (2013), S. 322.

besondere große Anstrengungen notwendig. Dazu gehören v.a. umfangreiche Angebote zur Erlernung der deutschen Sprache und die Integration in den Arbeitsmarkt.

Parallel zu diesen Maßnahmen ist aber auch eine klug gestaltete Immigrationspolitik notwendig, damit auch die Zuwanderung zum Wirtschaftswachstum und damit auch zur Erhöhung des Wohlstandes beiträgt. Eine solche Politik kann z.B. transparent durch ein kombiniertes angebots- und nachfrageorientiertes Punktesystem im Rahmen eines Zuwanderungsgesetzes umgesetzt werden. Dabei ist eine Quotierung der Zuwanderung aus Drittstaaten aber abzulehnen. Regeln der Zuwanderung müssen ex ante bekannt und transparent für jedermann sein. Damit stünden ausreichende Spielregeln für die Migration nach Deutschland zur Verfügung, die auch den Druck der illegalen Zuwanderung dämpfen könnten. Diese würden zudem den Vorstellungen von Röpke (1945) am ehesten entgegen kommen, eine umfangreiche Freiheit der Wanderung zu ermöglichen, eine illegale Massenzuwanderung aber zu verhindern. Aufgrund der sich immer weiter zuspitzenden Lage durch die internationalen Migrantenströme wird Deutschland nicht darum herum kommen, schnellst möglich reguläre Zuwanderungsmöglichkeiten zu schaffen. Dann kann das Land auch von der Zuwanderung profitieren.

## Literaturverzeichnis

**BAA [Bundesagentur für Arbeit] (2015)** Der BA-X im Oktober 2015: Kräftenachfrage steigt dynamisch weiter, online: <https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Footer/Aktuelles/BAX-Nav.html>. (Zugriff am 13.11.2015)

**BAMF [Bundesamt für Migration und Flüchtlinge] (2015a)** Asylgeschäftsstatistik für den Monat November 2015 ([http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/201511-statistik-anlage-asyl-geschaeftsbericht.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/201511-statistik-anlage-asyl-geschaeftsbericht.pdf?__blob=publicationFile), Zugriff am 21.12.2015)

**BAMF [Bundesamt für Migration und Flüchtlinge] (2015b)** Aktuelle Zahlen zu Asyl, Ausgabe November 2015 ([https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/statistik-anlage-teil-4-aktuelle-zahlen-zu-asyl.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/statistik-anlage-teil-4-aktuelle-zahlen-zu-asyl.pdf?__blob=publicationFile), Zugriff am 21.12.2015)

**BAMF [Bundesamt für Migration und Flüchtlinge] (2015c)** Das Bundesamt in Zahlen 2014: Asyl, Migration und Integration ([https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/bundesamt-in-zahlen-2014.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/bundesamt-in-zahlen-2014.pdf?__blob=publicationFile), Zugriff am 22.12.2015)

**BMI [Bundesministerium des Inneren] (2014)** Migration und Integration: Aufenthaltsrecht, Migrations- und Integrationspolitik in Deutschland, Berlin.

**BMI [Bundesministerium des Inneren] (2016)** 2015: Mehr Asylanträge in Deutschland als jemals zuvor, Pressemitteilung vom 6.1.2016 ([http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2016/01/asylantraege-dezember-2015.html;jsessionid=28FC7BBCF026B29DF2828ED62C67BA98.2\\_cid373?nn=3315850](http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2016/01/asylantraege-dezember-2015.html;jsessionid=28FC7BBCF026B29DF2828ED62C67BA98.2_cid373?nn=3315850), Zugriff am 7.1.2016)

**Becker, Gary (2011)** The Challenge of Immigration – a Radical Solution, The Institute of Economic Affairs, London.

**Bosch, Gerhard; Brücker, Herbert; Koppel, Oliver (2011)** Fachkräftemangel: Scheinproblem oder Wachstumshemmnis?, Wirtschaftsdienst, Heidelberg, Bd. 91, Heft 9, S. 583 – 593.

**Borella, Sara (2008)** EU-Migrationspolitik – Bremse statt Motor der Liberalisierung, Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik, Nr. 08/10.

**Brenke, Karl; Neubecker, Nina (2013)** Struktur der Zuwanderungen verändert sich deutlich, DIW-Wochenbericht, Bd. 80, Heft 49, S. 3 - 21.

**Brücker, Herbert (2010)** Migration und Arbeitsmarkt: Steuerung und Arbeitsmarktwirkungen der Zuwanderung und Arbeitsmarktintegration von Migranten in Rheinland-Pfalz, IAB-Stellungnahme, No. 3/2010.

**Brücker, Herbert et al. (2013)** Fachkräftebedarf in Deutschland: Zur kurz- und langfristigen Entwicklung von Fachkräfteangebot und -nachfrage, Arbeitslosigkeit und Zuwanderung, IAB-Stellungnahme, No. 1/2013.

**Brücker, Herbert; Liebau, Elisabeth; Romiti, Agnese; Vallizadeh, Ehsan (2014)** Anerkannte Abschlüsse und Deutschkenntnisse lohnen sich, DIW-Wochenbericht, Bd. 81, Heft 43, S. 1145 - 1151.

**Constant, Amelie F.; Tien, Bienvenue N. (2011)** Germany's Immigration Policy and Labor Shortages, IZA Research Report No. 41, Oktober 2011.

**Daumann, Volker et al. (2015)** Early Intervention - Modellprojekt zur frühzeitigen Arbeitsmarktintegration von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern: Ergebnisse der

qualitativen Begleitforschung, IAB Forschungsbericht: Aktuelle Ergebnisse aus der Projektarbeit des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 3/2015.

**Demary, Vera; Seyda, Susanne (2013)** Engpassanalyse 2013: Besondere Betroffenheit in den Berufsfeldern Energie und Elektro sowie Maschinen- und Fahrzeugtechnik, Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, Köln.

**DIW [Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung] (2013)** Wochenbericht: Zuwanderung und Beschäftigung, Nr. 49 (<http://www.diw.de/sixcms/detail.php/432785>, Zugriff am 22.12.2015)

**Eucken, Walter (1950/1990)** Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 6. Durchgesehene Auflage, Tübingen.

**FAZ (2015)** 300.000 Flüchtlinge ohne Asylantrag in Deutschland, in: FAZ-online vom 26.11.2015 (<http://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/300-000-fluechtlinge-ohne-asylantrag-in-deutschland-13933328.html>), Zugriff am 21.12.2015)

**Gathmann, Christina et al. (2014)** Zuwanderung nach Deutschland - Problem und Chance für den Arbeitsmarkt, Wirtschaftsdienst, Heidelberg, Bd. 94, Heft 3, S. 159 – 179.

**Geis, Wido; Kemeny, Felicitas (2013)** 12 gute Gründe für Zuwanderung, IW policy paper, Nr. 2/2014.

**Gutschker, Thomas (2015)** Merkel rechnet mit einer Million Flüchtlingen, FAZ-online vom 31.10.2015 (<http://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/merkel-rechnet-jetzt-mit-einer-million-fluechtlingen-13886656.html>), Zugriff am 21.12.2015)

**Gutschker, Thomas / Rasche, Uta (2015)** Wer kommt da eigentlich zu uns?, FAZ-online vom 21.9.2015 (<http://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/fluechtlinge-wer-kommt-da-eigentlich-zu-uns-13812517.html>), Zugriff am 10.10.2015)

**Hinte, Holger (2012)** Zuwanderung und Integration: Bausteine einer demografiefesten Politik, IZA Standpunkte, No. 55.

**Hinte, Holger; Rinne, Ulf; Zimmermann, Klaus F. (2011a)** Ein Punktesystem zur bedarfsorientierten Steuerung der Zuwanderung nach Deutschland, IZA Research Report No. 35, Juni 2011.

**Hinte, Holger; Rinne, Ulf; Zimmermann, Klaus F. (2011b)** Zuwanderung, Demografie und Arbeitsmarkt: Fakten statt Vorbehalte, IZA Standpunkte, No. 37.

**Hinte, Holger; Zimmermann, Klaus F. (2010)** Agenda Zuwanderung: Zehn-Punkte-Aktionsplan des IZA für gesteuerte Arbeitsmigration und bessere Integration, IZA Standpunkte, No. 32.

**Hirschman, Albert (1974)** Abwanderung und Widerspruch, Tübingen.

**IAB [Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung] (2015)** Zuwanderungsmonitor November 2015, online: [http://doku.iab.de/arbeitsmarktdaten/Zuwanderungsmonitor\\_1511.pdf](http://doku.iab.de/arbeitsmarktdaten/Zuwanderungsmonitor_1511.pdf).

**IAB [Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung]; DIW [Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung] (Hrsg.) (2014)** Leben, lernen, arbeiten - wie es Migranten in Deutschland geht, DIW-Wochenbericht, Bd. 81, Heft 43, S. 1123 - 1125.

**Kostmann, Michael (2015)** Arbeitsmarktintegration: Spielt der Geburtsort eine Rolle? Eine empirische Untersuchung mit Daten des SOEP zum Zusammenhang zwi-

schen Geburtsort und Arbeitsmarkterfolg von Migranten in Deutschland, SOEP papers on Multidisciplinary Panel Data Research, No. 759.

**Liebau, Elisabeth; Romiti, Agnese (2014)** Migranten investieren in Sprache und Bildung, DIW-Wochenbericht, Bd. 81, Heft 43, S. 1136 - 1143.

**OECD (2013)** Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte: Deutschland, Paris/Berlin.

**Rinne, Ulf; Zimmermann, Klaus F. (2015)** Zutritt zur Festung Europa? Neue Anforderungen an eine moderne Asyl- und Flüchtlingspolitik, Wirtschaftsdienst 2015/2, S. 114 – 120.

**Röpke, Wilhelm (1945)** Internationale Ordnung, Zürich.

**Röpke, Wilhelm (1959)** International Order and Economic Integration, Dordrecht.

**Siegert, Andreas; Buscher, Herbert S.; Ohliger, Rainer (2013)** Transaktionskosten und Fachkräftewerbung: Ein Erklärungsansatz auf Grundlage der Institutionenökonomik, IWH-Diskussionspapiere, No. 2013/11.

**Straubhaar, Thomas (2002)** Migration im 21. Jahrhundert, Beiträge zur Ordnungstheorie und Ordnungspolitik, Bd. 167, Tübingen.

**Straubhaar, Thomas (2005)** Internationale Wanderungen, in: R. Hasse; H. Schneider; K. Weigelt (Hrsg.): Lexikon Soziale Marktwirtschaft, Paderborn, S. 280 – 284.

**Straubhaar, Thomas (2013)** Integrationspolitik und die Chancen der Zuwanderung, in: M. Hüther; G. Naegele (Hrsg.): Demografiepolitik: Herausforderungen und Handlungsfelder, S. 315 – 325.

**Teymouri, Armin (2012)** Kulturwandel der Mehrheitskultur infolge von Zuwanderung in Deutschland und Europa, in: W. Fikentscher et al. (Hrsg.): Akkulturation – Integration – Migration, München, S. 105 – 125.

**Vogler-Ludwig, Kurt; Düll, Nicola; Kriechel, Ben (2015)** Arbeitsmarkt 2030 – Die Bedeutung der Zuwanderung für Beschäftigung und Wachstum: Prognose 2014, Bertelsmann-Verlag.

**Vollmer, Michael (2015)** Bestimmung von Fachkräfteengpässen und Fachkräftebedarfen in Deutschland: Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN), Bamf Nürnberg.

**Zimmermann, Klaus F. (2011)** Migration und Integration: Deutschland als Einwanderungsland - "... denn ihr seid selbst Fremde in Ägypten gewesen", IZA Standpunkte, No. 35.

**Zimmermann, Klaus F. (2014)** Freiheit und Bedrängnis: Zuwanderung am Arbeitsmarkt, IZA Standpunkte, No. 66.

# Ordnungspolitische Diskurse

## Discourses in Social Market Economy

- 2007 – 1 Seliger, Bernhard; Wrobel, Ralph – Die Krise der Ordnungspolitik als Kommunikationskrise
- 2007 – 2 Sepp, Jüri - Estland – eine ordnungspolitische Erfolgsgeschichte?
- 2007 – 3 Eerma, Diana; Sepp, Jüri - Competition Policy's Role in Network Industries - Regulation and Deregulation in Estonia
- 2007 – 4 Claphman, Ronald - Welche Bedeutung haben nationale Wirtschaftsordnungen für die Zukunft der EU? Der Beitrag der sozialen Marktwirtschaft
- 2007 – 5 Strunz, Herbert – Staat, Wirtschaften und Governance
- 2007 – 6 Jang Tae-Seok - South Korea's Aid to North Korea's Transformation Process - Social Market Perspective
- 2007 – 7 Libman, Alexander - Big Business and Quality of Institutions in the Post-Soviet Space: Spatial Aspects
- 2007 – 8 Mulaj, Isa - Forgotten Status of Many: Kosovo's Economy under the UN and the EU Administration
- 2007 – 9 Dathe, Uwe - Wettbewerb ohne Wettbewerb? Über die Bedeutung von Reformen im Bildungswesen für die Akzeptanz der Wettbewerbsidee
- 2007 – 10 Noltze, Karl - Die ordnungspolitische Strategie des Landes Sachsen
- 
- 2008 – 1 Seliger, Bernhard - Die zweite Welle – ordnungspolitische Herausforderungen der ostasiatischen Wirtschaftsentwicklung
- 2008 – 2 Gemper, Bodo Rheinische Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft: Charakter zeigen im Aufbruch
- 2008 – 3 Decouard, Emmanuel - Das „Modèle rhénan“ aus französischer Sicht
- 2008 – 4 Backhaus, Jürgen - Gilt das Coase Theorem auch in den neuen Ländern?
- 2008 – 5 Ahrens, Joachim - Transition towards a Social Market Economy? Limits and Opportunities
- 2008 – 6 Wrobel, Ralph - Sonderwirtschaftszonen im internationalen Wettbewerb der Wirtschaftssysteme: ordnungspolitisches Konstrukt oder Motor institutionellen Wandels?
- 
- 2009 – 1 Wrobel, Ralph - The Double Challenge of Transformation and Integration: German Experiences and Consequences for Korea
- 2009 – 2 Eerma Diana; Sepp, Jüri - Estonia in Transition under the Restrictions of European Institutional Competition
- 2009 – 3 Backhaus, Jürgen - Realwirtschaft und Liquidität
- 2009 – 4 Connolly, Richard - Economic Structure and Social Order Type in Post-Communist Europe
- 2009 – 5 Dathe, Uwe – Wie wird man ein Liberaler? Die Genese der Idee des Leistungswettbewerbs bei Walter Eucken und Alexander Rüstow
- 2009 – 6 Fichert, Frank - Verkehrspolitik in der Sozialen Marktwirtschaft
- 2009 – 7 Kettner, Anja; Rebien, Martina – Job Safety first? Zur Veränderung der Konzessionsbereitschaft von arbeitslosen Bewerbern und Beschäftigten aus betrieblicher Perspektive
- 2009 – 8 Mulaj, Isa – Self-management Socialism Compared to Social Market Economy in Transition: Are there Convergent Paths?

- 2009 – 9 Kochskämper, Susanna - Herausforderungen für die nationale Gesundheitspolitik im Europäischen Integrationsprozess
- 2009 – 10 Schäfer, Wolf – Dienstleistungsökonomie in Europa: eine ordnungspolitische Analyse
- 2009 – 11 Sepp, Jüri – Europäische Wirtschaftssysteme durch das Prisma der Branchenstruktur und die Position der Transformationsländer
- 2009 – 12 Ahrens, Joachim – The politico-institutional foundation of economic transition in Central Asia: Lessons from China
- 2009 – 13 Pitsoulis, Athanassios; Siebel, Jens Peter – Zur politischen Ökonomie von Defiziten und Kapitalsteuerwettbewerb
- 2010 – 01 Seliger, Bernhard – Theories of economic miracles
- 2010 – 02 Kim, GiEun - Technology Innovation & Green Policy in Korea
- 2010 – 03 Reiljan, Janno - Vergrößerung der regionalen Disparitäten der Wirtschaftsentwicklung Estlands
- 2010 – 04 Tsahkna, Anna-Greta, Eerma, Diana - Challenges of electricity market liberalization in the Baltic countries
- 2010 – 05 Jeong Ho Kim - Spatial Planning and Economic Development in Border Region: The Experiences of Gangwon Province, Korea
- 2010 – 06 Sepp, Jüri – Ordnungspolitische Faktoren der menschlichen Entwicklung
- 2010 – 07 Tamm, Dorel - System failures in public sector innovation support measures: The case of Estonian innovation system and dairy industry
- 2010 – 08 Clapham, Ronald - Wirtschaftswissenschaft in Zeiten der Globalisierung
- 2010 – 09 Wrobel, Ralph - Geldpolitik und Finanzmarktkrise: Das Konzept der „unabhängigen Zentralbank“ auf dem ordnungspolitischen Prüfstand
- 2010 – 10 Rutsch, Andreas; Schumann, Christian-Andreas; Wolle, Jörg W. - Postponement and the Wealth of Nations
- 2010 – 11 Ahrens, Joachim; Jünemann, Patrick - Transitional Institutions, Institutional Complementarities and Economic Performance in China: A 'Varieties of Capitalism' Approach
- 2010 – 12 Kolev, Stefan; Der bulgarische Weg seit 1989, Wachstum ohne Ordnung?
- 2011 – 1 Wrobel, Ralph – Energiewende ohne Markt? Ordnungspolitische Perspektiven für den deutschen Stromsektor
- 2011 – 2 Rõigas, Kärt – Linkage between productivity and innovation in different service sectors
- 2011 – 3 Sepp, Jüri – Institutionelle Innovationen im Infrastrukturbereich: Beispiel Post in Estland
- 2011 – 4 Effelsberg, Martin – Measuring absorptive capacity of national innovation systems
- 2011 – 5 Jänsch, Janina – Die Anrechnung natürlicher und anthropogener Effekte auf terrestrische Ökosysteme im Rahmen des Kyoto-Protokolls
- 2011 – 6 Platje, Joost – Institutional Change for Creating Capacity and Capability for Sustainable Development – a club good perspective
- 2011 – 7 Tamm, Dorel; Ukrainski, Kadri – Functional Approach to National Systems of Innovation: The Case of a Small Catching-up Country
- 2011 – 8 Nusser, Michael – Optionen zur Stärkung der Leistungsfähigkeit von Innovationssystemen

- 2012 – 1 Kolev, Stefan – Wider die „Après nous le déluge“-Logik. Ordnungspolitik, Innovation und Nachhaltigkeit.
- 2012 – 2 Varblane, Urmas - National Innovation Systems: Can they be copied?
- 2012 – 3 Reiljan, Janno / Paltser, Ingra - Struktur und Zusammenhänge des staatlichen Innovationssystems und der Innovationspolitik
- 2012 – 4 Lenz, Justus - Innovationssystem Internet: Eine institutionenökonomische Analyse der digitalen Revolution
- 2012 – 5 Chang Jai Chun - Erfolgsfaktoren für "Internationale Projekte"
- 2012 – 6 Gerl, Jörg – Global denken, lokal handeln: Gebäudesanierung als Beitrag zum Klimaschutz am konkreten Beispiel
- 2012 – 07 Seliger, Bernhard – Grünes Wachstum in Südkorea – Etikettenschwindel, Neo-Keynesianismus oder ein neues Paradigma der Ordnungspolitik?
- 2013 – 1 Wrobel, Ralph – Economic Models for New Industrializing Countries in Comparative Perspective
- 2013 – 2 Park, Sung-Jo– Developmental State in Korea (60-70ties) Revisited: Institution-Building for the Making of 'Coordinated Market'
- 2013 – 3 Reiljan, Janno & Paltser, Ingra – The Implementation of Research and Development Policy in European and Asian Countries
- 2013 – 4 Hoen, W. Herman – Emerging Market Economies and the Financial Crisis: Is there Institutional Convergence between Europe and Asia?
- 2013 – 5 Kroos, Karmo – Developmental Welfare Capitalism in East Asia with a Special Emphasis on South Korea
- 2014 – 1 Ahrens, Joachim & Stark, Manuel – Independent Organizations in Authoritarian Regimes: Contradiction in Terms or an Effective Instrument of Developmental States
- 2014 – 2 Terk, Erik – Practicing Catching-up: a Comparison of Development Models of East Asian and Central-Eastern European Countries
- 2014 – 3 Sepp, Jüri; Varblane, Uku – The Decomposition of Productivity Gap between Estonia and Korea
- 2014 – 4 Sepp, Jüri; Kaldaru, Helje and Joamets, Jürgen – The Characteristics and Position of the Economic Structures of Estonia and Korea among the OECD Countries
- 2015 – 1 Bartniczak, Bartosz; Ptak, Michał – Green Jobs in the Renewable Energy Sector
- 2015 – 2 Freudenberg, Sandro; Stephan, Sandra – Fachkräftebedarfsdeckung heute und in der Zukunft: Handlungsempfehlung für eine erfolgreiche Personalbedarfsdeckung in Unternehmen
- 2015 – 3 Kauf, Sabina – Die Unternehmensanforderungen an die Logistikspezialisten und akademische Ausbildung der Logistiker
- 2015 – 4 Komulainen, Ruey – Employer Branding for SMEs: Attracting Graduating Students in IT Industry

2016 – 1      Wrobel, Ralph – Der deutsche Arbeitsmarkt zwischen Fachkräftemangel und Immigration: Ordnungspolitische Perspektiven in der Flüchtlingskrise

## **Herausgeber:**

Prof. Dr. Stefan Kolev - Erfurt

PD Dr. habil. Bernhard Seliger – Seoul

Prof. Dr. Ralph M. Wrobel – Zwickau

**[www.Ordnungspolitisches-Portal.de](http://www.Ordnungspolitisches-Portal.de)**